

2/201/16-2

21.8.82

**Programm
der
CDU Hessen
für die
Landtagswahl 1982**

CDU 
besser für Hessen!

Das ist Zukunft!

Programm der CDU Hessen für die Landtagswahl 1982

Das ist Zukunft! - das getriebene Arbeitsleben für unsere Jugend, große Anstrengungen im Wohnungsbau, die Ordnung der staatlichen Finanzen, soziale Sicherheit und die engagierten Kämpfe für Natur und Umwelt. Wir wissen um, wird auch viele junge Menschen idealen Leben zuwenden - das Erhaltung des Erbes, zum Umweltschutz, der Modernisierung der Arbeitswelt als Ziel zur Entwicklungsstufe, die FDR soll die Kraft bekommen, mit ihnen gemeinsam für die Welt von morgen zu kämpfen. Technik und Wissenschaft werden uns dabei helfen.

Wir haben die deutschen Bürger auf zu einem Optimismus und zu neuen Taten bereit. Nur so können wir die großen Zukunftsprobleme lösen und unsere Bürger für einen dauerhaften Frieden, in Freiheit, Gerechtigkeit und Sicherheit stellen.

Wieder stellt sich seinen Neuzugang im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland, er haben eine gute Zukunftschance, wenn wir zu gemeinsamer Anstrengung sind. Mit uns, mit der Hessischen CDU als Regierungspartei, soll es ein Mensch und einer verschließen Weg in die Zukunft geben. Unser Programm soll darüber Bescheid sein.



Hans-Joachim Lauth

Mut zur Zukunft, Mut für die 80er Jahre!

Auf dieses Signal warten die hessischen Bürger. Was kann die CDU in Hessen besser machen? Solide Kassenführung, Sparsamkeit, mehr Sicherheit für die Bürger und bessere Schulen - mit diesem Programm hat die Hessische CDU seit 1977 bedeutende kommunale Erfolge erzielt.

Jetzt geht es entscheidend darum, die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen und sichere Arbeitsplätze zu schaffen. Hessen muß die Einbußen der letzten Jahre wettmachen und wieder zur Spitze aufrücken.

Stagnation ist Rückschritt. Wir brauchen Mut für die Zukunft. Der erste Schritt hierzu ist: Wieder klar entscheiden und entschlossen handeln! Das jahrelange Hin und Her in der SPD hat das politische Leben gelähmt und die Entwicklung des Landes gefährlich gebremst. Politik darf sich nicht in Diskussionen erschöpfen. Die Regierung ist zum Regieren da. Eine Landesregierung der CDU wird alle Probleme öffentlich und intensiv erörtern, dann aber verantwortungsbewußt entscheiden und die Dinge voranbringen. Regieren in schwieriger Zeit erfordert Offenheit, Einigkeit und Geschlossenheit: Die CDU gibt den Bürgern diesen festen politischen Halt.

Eine gute Zukunft - dazu gehören neue Arbeitsplätze für unsere Jugend, große Anstrengungen im Wohnungsbau, die Ordnung der staatlichen Finanzen, soziale Sicherheit und die engagierte Sorge für Natur und Umwelt. Wir freuen uns, wenn sich viele junge Menschen ideellen Zielen zuwenden - der Erhaltung des Friedens, dem Umweltschutz, der Humanisierung der Arbeitswelt bis hin zur Entwicklungshilfe. Die CDU will alle Kraft aufwenden, mit Ihnen gemeinsam für die Welt von morgen zu arbeiten. Technik und Wissenschaft werden uns dabei helfen.

Wir rufen die hessischen Bürger auf zu neuem Optimismus und zu neuer Tatkraft: Nur so können wir die großen Zukunftsprobleme lösen und unseren Beitrag für einen dauerhaften Frieden in Freiheit, Gerechtigkeit und Sicherheit leisten.

Hessen steht mit seinen Menschen inmitten der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben eine gute Zukunftschance, wenn wir zu gemeinsamer Anstrengung finden. Mit uns, mit der Hessischen CDU als Regierungspartei, soll es ab Herbst 1982 einen verlässlichen Weg in die Zukunft geben. Unser Programm soll hierfür Wegweiser sein.



(Dr. Alfred Dregger)

INHALTSÜBERSICHT

Einleitung	Seite
I. <u>Finanzen sanieren – die Wirtschaft wieder in Schwung bringen</u>	1
1. Neue Arbeitsplätze durch wirtschaftlichen Aufschwung....	2
2. Sanierung des Landeshaushalts.....	2
3. Reform des Finanzausgleichs.....	2
II. <u>Mut zur Entscheidung bei Zukunftsfragen</u>	3
1. Für die friedliche Nutzung der Kernenergie.....	3
2. Für den Ausbau des Frankfurter Flughafens.....	4
3. Für den zügigen Ausbau wichtiger Verkehrsprojekte.....	5
4. Für die Verwirklichung von Umweltschutzprojekten.....	6
III. <u>Jahrhundertaufgabe Umweltschutz</u>	7
1. Qualität der Oberflächengewässer verbessern.....	8
2. Schutz und Bewahrung der Grundwasserreserven.....	9
3. Anreize und Kontrollen zur Schaffung umweltfreundlicher Produktionsanlagen.....	9
4. Natur- und Landschaftsschutz – eine Verpflichtung für alle.....	10
IV. <u>Lebenswerter ländlicher Raum</u>	11
1. Für eine Verbesserung der ländlichen Infrastruktur.....	12
2. Festigung der wirtschaftlichen Stellung der Landwirte.....	12
3. Die Verantwortung der Land- und Forstwirte für den Umweltschutz.....	13
V. <u>Kultur- und Bildungspolitik</u>	14
1. Kurskorrektur im Bildungswesen notwendig.....	14
2. Das Schulsystem vernünftig gliedern.....	16
3. Solide Lehrpläne statt Rahmenrichtlinien.....	16
4. Praxisorientierte Lehrerbildung.....	17

5. Elternrecht durchsetzen.....	18
6. Schulaufsicht neu ordnen.....	18
7. Mehr Gestaltungsfreiheit für Schulträger.....	19
8. Vorrang für die Grundschulen.....	19
9. Sonderschulen - Chancen für Behinderte.....	20
10. Keine Zwangsförderstufe.....	20
11. Eigenwert der Hauptschule stärken.....	21
12. Realschulen aufwerten.....	21
13. Das Gymnasium als pädagogische und organisatorische Einheit erhalten.....	22
14. Freie Schulen fördern.....	22
15. Berufliche Bildung ausbauen.....	22
16. Erwachsenenbildung.....	23
17. Freie und leistungsfähige Universitäten.....	24
18. Fachhochschulen mit Praxisbezug.....	25
19. Mehr Aufmerksamkeit für die Aufgaben der Kunst- und Kulturpflege.....	25
VI. Soziale Ordnung, Arbeitswelt und Familie.....	26
1. Sicherung der Beschäftigung.....	26
2. Wende in der Wohnungspolitik notwendig.....	27
3. Sicherung der Sozialfinanzen.....	29
4. Sicherung der Familie.....	29
5. Offensive für die Frau.....	30
6. Ältere Mitbürger in unserer Gesellschaft.....	31
7. Mehr Zukunftschancen für unsere Jugend.....	32
8. Für eine bedarfsgerechte Gesundheitspolitik zu tragbaren Kosten.....	33
9. Behinderte sind Partner.....	34
10. Die Kriegsoffer und Hinterbliebenen sind nicht vergessen.....	34
11. Bekämpfung der Drogensucht und des Drogenmißbrauchs.....	35
12. Hessen: Neue Heimat für Flüchtlinge, Heimatvertriebene und Aussiedler.....	35
VII. Ausländer in Hessen.....	36
1. Grundsätze der Ausländerbeschäftigungspolitik.....	37
2. Ausländerkinder in der Schule.....	37
3. Eingliederungsbedingungen für Ausländer und ihre Familien.....	38
4. Asylmißbrauch unterbinden und Verfahren beschleunigen... ..	39

VIII. Recht, Sicherheit und öffentliche Verwaltung.....	40
1. Die Freiheit der Bürger durch Sicherheit garantieren.....	40
2. Den Bürgern wirksamer und schneller zur ihrem Recht verhelfen.....	41
3. Mehr Freiheit - weniger Staat.....	42
4. Den Schutz des Bürgers gegen äußere Gefahren verbessern.....	43
5. Das Rundfunkmonopol auflösen.....	44
IX. Hessen als Teil Deutschlands.....	44
1. Für eine konstruktive Mitarbeit im Bundesrat.....	44
2. Sicherung des Friedens in Freiheit.....	45
3. Den Gedanken der Wiedervereinigung wachhalten.....	46

Finanzen sanieren - die Wirtschaft wieder in Schwung bringen

Die hessische Wirtschaft ist in den letzten Jahren konjunkturell und strukturell zurückgefallen. Die Arbeitslosigkeit ist sprunghaft angestiegen und hat den höchsten Stand seit fast 30 Jahren erreicht. Selbst im Rhein-Main-Gebiet ist die wirtschaftliche Lage durch Konkurse, Betriebseinschränkungen und -stilllegungen unsicher geworden. Stark gestiegene Energiekosten, hohe Zinsen und öffentliche Diskussionen über Steuererhöhungen dämpfen zusätzlich die wirtschaftlichen Erwartungen. Die öffentliche Verschuldungslawine beansprucht den Kapitalmarkt so stark, daß für die private Kreditnachfrage kaum noch Raum bleibt.

1. Neue Arbeitsplätze durch wirtschaftlichen Aufschwung

Die CDU Hessen ist davon überzeugt, daß in dieser Situation staatliche Ausgabenprogramme alten Stils nicht das richtige Mittel zur Krisenbewältigung sind. Sie wären auch angesichts der Schuldenhöhe von Bund, Ländern und Gemeinden unverträglich. Vielmehr muß alles getan werden, um die Privatinitiative zu beleben und Hindernisse zu beseitigen, die die Produktivität und die Entfaltung der Wirtschaft einschränken. Dazu gehören:

- Eine stetige, kalkulierbare, an den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft orientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik in Bund und Land.
- Der Abbau bürokratischer und politischer Hindernisse für private Investitionen.
- Der Verzicht auf neuerliche Steuererhöhungen, auch bei den Gemeinden.
- Die Senkung der öffentlichen Verbrauchsausgaben und ein Abbau der staatlichen Bürokratie.

Produktivität und Leistungskraft der Wirtschaft sind die wichtigsten Voraussetzungen für sichere Arbeitsplätze und die Leistungsfähigkeit des Staates. Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß

- zukunftsorientierte Investitionen, Forschung und Entwicklung steuerlich gefördert werden,
- durch eine Neuordnung des Miet-, Wohn- und Baurechts der private Mietwohnungsbau wieder belebt wird,
- die Energieversorgung sicherer, preisgünstiger und unabhängiger wird,
- die modernen Informations- und Kommunikationstechniken so schnell wie möglich wirtschaftlich genutzt werden,
- Strukturwandel und Mobilität nicht durch restriktive Gesetze und Verordnungen behindert werden.

2. Sanierung des Landeshaushalts

Der Haushalt des Landes Hessen für 1982 enthält Ausgaben von über 19 Milliarden DM, denen nur Steuereinnahmen von 13 Milliarden DM gegenüberstehen. Die Gesamtverschuldung des Landes hat mittlerweile eine Höhe von 18 Milliarden DM erreicht. Sie steigt im Haushaltsjahr 1982 um weitere 2 Milliarden DM. Allein für Zinsen muß das Land in diesem Jahr 1,3 Milliarden DM aufbringen. Die hessische Situation ist damit deutlich ungünstiger als die vergleichbarer Bundesländer wie Baden-Württemberg und Bayern.

Hinzu kommt, daß die Investitionsquote in 10 Jahren von 25 Prozent auf 16,6 Prozent gesunken ist. Der Personalkostenanteil beträgt über 43 Prozent. Kein mit Hessen vergleichbares Land leistet sich eine aufwendigere Personalausstattung. Die überhöhten Zuwachsraten von Ausgaben und Verschuldung zeigen, daß die Sanierung des hessischen Landeshaushalts in unverantwortlicher Weise auf die lange Bank geschoben wurde. Das muß und wird sich unter einer Regierung der CDU ändern.

Die CDU wird den Landeshaushalt nicht "über Nacht" sanieren können. Aber sie wird die erforderlichen Zielmarken setzen, um eine Umkehr auf breiter Front einzuleiten. Dazu gehören:

- Die kontinuierliche Senkung der jährlichen Nettoneuverschuldung.
- Die allmähliche Wiederanhebung der Investitionsquote, wobei die Antragsbürokratie zurückzuschrauben ist.
- Die schrittweise Absenkung des Personalkostenanteils.
- Die Selbstbeschränkung bei den Sachausgaben unter verantwortlicher Mitwirkung aller öffentlicher Bediensteten.
- Exaktere Schätzungen der Ausgabenansätze im Landeshaushalt und Abbau von "geheimen Polstern".
- Verstärkung der Wirksamkeit des Landesrechnungshofes.

3. Reform des Finanzausgleichs

Der Landeshaushalt ist auf vielfache Weise mit dem Bundeshaushalt, mit den Haushalten anderer Länder und mit den kommunalen Haushalten verzahnt. Über den kommunalen Finanzausgleich erhalten kreisfreie Städte, Landkreise und Gemeinden frei verfügbare und zweckgebundene Mittel. Im Länderfinanzausgleich werden die Aufkommen steuerstarker und steuerschwacher Länder einander angeglichen, um die Erfüllung der in allen Ländern gleichermaßen wichtigen Infrastrukturaufgaben zu gewährleisten. Hinzu kommen die Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern auf den Gebieten Verbesserung der Wirtschaftsstruktur, Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes und Hochschulbau, außerdem zahlreiche gemeinsam finanzierte Ausgaben wie Krankenhausfinanzierung, Wohnungsbau, Gemeindeverkehrsfinanzierung oder Bundesausbildungsförderungsgesetz und Wohngeld. Für diese Mischfinanzierungen

wurden Bürokratien aufgebaut, die die Parlamente weitgehend ausklammern. Die Transparenz ist mangelhaft, und es kommt zu Reibungsverlusten und Fehlleitungen knapper Mittel. Die CDU betrachtet es als ein wichtiges Ziel ihrer Politik, zu einer klaren Aufgabentrennung und Finanzaufteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zu gelangen.

Sie wird dafür sorgen, daß Mischfinanzierungen weitgehend entflochten und auf das unumgängliche Maß beschränkt werden:

- Der kommunale Finanzausgleich soll vereinfacht werden. Das Gewicht soll von den zweckgebundenen auf die frei verfügbaren Mittel verlagert werden. Die Vergabe von Investitionszuschüssen soll verbessert werden, damit das aufwendige Antragsverfahren vereinfacht werden kann. Der "Verschiebepark" der Umlagen muß zurückgeführt werden, um Reibungsverluste zu vermeiden und die langfristige Finanzplanung von Städten, Gemeinden und Kreisen zu erleichtern.
- Die Gemeinschaftsaufgaben Verbesserung der Wirtschaftsstruktur, Verbesserung der Agrarstruktur und Hochschulbau sollen in die Verantwortung der Länder zurückgeführt werden. Für die Einheitlichkeit der Förderbedingungen im Bundesgebiet genügen Rahmengesetze, die vom Land in Eigenverantwortung weit besser erfüllt werden können als durch Bund-Länder-Kommissionen. Außerdem sind dann die Aufgaben in diesen Bereichen wieder besser in die Rechnungskontrolle des Landes eingebunden.
- Krankenhausfinanzierung, Wohnungsbaufinanzierung und Gemeindeverkehrsfinanzierung sollen von den Ländern eigenverantwortlich wahrgenommen werden. Dafür sollte die Finanzierung der Bundesausbildungsförderung, des Wohngeldes, des Kindergeldes und der Sparförderung ausschließlich vom Bund übernommen werden. Soweit durch die Entflechtung eine stärkere Belastung auf die Länder zukommt, ist diese durch eine höhere Beteiligung an der Umsatzsteuer auszugleichen.

II.

Mut zur Entscheidung bei Zukunftsfragen

1. Für die friedliche Nutzung der Kernenergie

Hessen hat als industrielles Kernland einen hohen Energiebedarf. Außer geringen Braunkohlevorräten verfügt Hessen über keine eigenen Energiereserven. Im Interesse einer sicheren und preiswerten Energieversorgung muß die Abhängigkeit vom Mineralöl wesentlich verringert werden. Die Kohle ist dafür aufgrund der Revierferne Hessens kein Ersatz. Der Einsatz "alternativer" Energien kann auf absehbare Zeit nur einen geringen Beitrag leisten. Energiesparen ist richtig und notwendig. Eine wachsende Wirtschaft, von der Arbeitsplätze und Wohlergehen der Bürger abhängen, ist aber auf mehr Energie angewiesen.

Hessen muß deshalb die Kernenergie als sichere und verfügbare Energiequelle stärker nutzen. Wenn nichts geschieht, wird es neue Energiekrisen oder Versorgungsengpässe geben. Selbst wenn durch rigoroses Energiesparen der Stromverbrauch weniger steigt, sind die in Hessen beantragten Kernkraftwerke Biblis C und Borken das Mindeste, was für die Energieversorgung der nächsten 10 bis 15 Jahre getan werden muß.

Die CDU wird eine breit angelegte Energiepolitik betreiben, in der die Förderung alternativer Energien und das Energiesparen einen ebenso wichtigen Platz haben, wie die sichere Versorgung mit Erdöl, Erdgas und Kohle. Sie wird aber nicht aus ideologischen Gründen davor zurückschrecken, für die

Kernkraftnutzung zu werben und die Bevölkerung umfassend über die Vorteile und die sichere Beherrschung dieser vom Ausland weitgehend unabhängigen Energiequelle zu informieren. Selbstverständlich schließt die CDU bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie in Sicherheitsfragen keine Kompromisse!

Die Einsicht in die Notwendigkeit weiterer Kernkraftwerke und eines hessischen Beitrags zur nuklearen Entsorgung müssen der Bevölkerung deutlicher als bisher vermittelt werden:

- Das bereits 7 Jahre dauernde Genehmigungsverfahren für den dritten Kernkraftwerksblock in Biblis muß endlich zu Ende geführt werden, damit Bau und Inbetriebnahme so schnell wie möglich erfolgen können.
- Die von der DWK beantragte Wiederaufarbeitungsanlage für abgebrannte Brennelemente soll errichtet werden, wenn alle sicherheitsmäßigen, umweltschutzpolitischen und strukturpolitischen Fragen geklärt sind. Eine CDU-Regierung wird das hierzu notwendige Prüf- und Genehmigungsverfahren unvoreingenommen, gründlich und zügig durchführen.
- Das Genehmigungsverfahren für das seit 1974 beantragte Kernkraftwerk in Borken soll endlich konkret abgewickelt werden. Für die nordhessische Wirtschaft und die Sicherung der dortigen Arbeitsplätze ist die Verminderung des Strompreisgefälles durch billigen Kernkraftstrom von besonderer Bedeutung.
- Das Braunkohlekraftwerk Borken soll weitergeführt werden bis das Kernkraftwerk in Betrieb genommen wird. Dabei wird die CDU alle Kraft darauf verwenden, daß ein Abbau der Meißner-Braunkohle nicht erforderlich wird.
- Die durch die Änderung des Atomgesetzes bedingten nachträglichen Genehmigungsverfahren für die Hanauer Nuklearbetriebe werden zügig zu Ende geführt, damit diese für ganz Hessen wichtige Industrie unbehindert weiterarbeiten kann.

2. Für den Ausbau des Frankfurter Flughafens

Der Bau der Startbahn 18 (West) auf dem Frankfurter Flughafen wurde bereits 1966 von der Landesregierung durch Kabinettsbeschluß als notwendig anerkannt. Am 21.10.1980 hat der Verwaltungsgerichtshof in Kassel abschließend die Rechtskraft des Planfeststellungsbeschlusses von 1971 bestätigt. Erst danach hat der öffentliche Protest gegen die Ausbaupläne die heute bekannten Dimensionen angenommen. Der ursprünglich ökologisch motivierte Widerstand wird immer mehr von einer völligen Verneinung der Rechts- und Wirtschaftsordnung überlagert, und seine Ausdrucksformen werden zunehmend gewalttätig.

Die CDU befürwortet nach Abwägung aller verkehrstechnischen, sicherheitstechnischen, wirtschaftlichen und ökologischen Fragen die Notwendigkeit eines schnellen Ausbaues des Flughafens Frankfurt. Dabei wird sie von folgenden Überlegungen geleitet:

- Die Kapazität des bestehenden Parallel-Bahn-Systems reicht bereits bei dem jetzigen Verkehrsaufkommen nicht aus. Es gibt keine Reserven für den Ausgleich von Verspätungen und Störungen, und weder die stärkere Zusammen-

arbeit mit der Bundesbahn noch der Ausbau des Flughafens München II können spürbare Entlastungen bringen.

- Ohne den Bau der Startbahn 18 West ist die internationale Knotenpunktfunktion des Flughafens Frankfurt bedroht, und es muß befürchtet werden, daß Fluggesellschaften Verkehre ins benachbarte Ausland verlegen. Dies brächte für die Wirtschaftsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland, des Landes Hessen und des Rhein-Main-Gebietes schwere Nachteile.
- Nur durch die Erhaltung der Spitzenstellung des Flughafens Frankfurt können die Arbeitsplätze am Flughafen selbst und in vielen Wirtschaftsbereichen des Rhein-Main-Gebietes gesichert werden.
- Die Eingriffe in das bestehende Erholungsgebiet mit zusammenhängenden Waldungen und schützenswerten Pflanzen- und Tiergemeinschaften sind zwar erheblich. Die ökologischen Folgen hinsichtlich Luftverschmutzung, Klimaveränderung und Beeinträchtigung des Grundwassers können jedoch in vertretbaren Grenzen gehalten werden.
- Durch geeignete Maßnahmen wie z. B. Wiederaufforstungen, Lärmkontrollen sowie Lärmschutz- und Lärminderungsmaßnahmen und ein erweitertes Nachtflugverbot muß im Interesse der betroffenen Bürger alles getan werden, um die unvermeidbaren Eingriffe so gering wie möglich zu halten.

3. Für den zügigen Ausbau wichtiger Verkehrsprojekte

Angesichts des zunehmenden Landschaftsverbrauchs für Siedlungs- und Verkehrsflächen und angesichts der vielfältigen sonstigen Umweltbelastungen hat die CDU Hessen Verständnis für die Besorgnis der Bevölkerung bei Verkehrsplanungen. Dies gilt insbesondere für den Straßenbau, wo es die erreichte Netzdichte zuläßt, auf die Anlage neuer Trassen weitgehend zu verzichten. Nach Meinung der CDU Hessen sollten die begonnenen und unumstrittenen Fernstraßenprojekte zügig zu Ende geführt werden. Im übrigen sollten die Mittel auf den Ausbau vorhandener Straßen und auf die Beseitigung von Engpässen und Unfallschwerpunkten, insbesondere durch Umgehungsstraßen, konzentriert werden. Hierbei müssen allerdings, gerade angesichts der Lage in der Bauwirtschaft, Behinderungen abgebaut und die Projekte so schnell wie möglich verwirklicht werden.

Zu den wichtigsten hessischen Verkehrsvorhaben vertritt die CDU folgende Position:

- Die Autobahn A 66 von Hanau nach Fulda muß unverzüglich im gesamten Streckenverlauf fertiggestellt werden, um die für die Wirtschaft und Arbeitsplätze Ostessens unerläßliche Anbindung an das Rhein-Main-Gebiet zu gewährleisten.
- Die Autobahn A 66 zwischen Frankfurt und Wiesbaden (Rhein-Main-Schnellweg) soll zwischen Höchst und Frankfurt verbreitert werden. Der innerstädtische Alleentunnel muß gebaut werden, damit diese wichtige Verkehrsachse des Rhein-Main-Gebietes den an sie gestellten Anforderungen gerecht werden kann.

- Die Autobahn A 4 von Olpe nach Hattenbach ist zwar strukturpolitisch wegen der Anbindung des Zonenrandgebietes an das Ruhrgebiet bedeutsam. Sie kann aber aus finanziellen Gründen nicht gebaut werden und ist deshalb jetzt nicht weiter zu verfolgen.
- Der Ausbau der A 49 von Kassel nach Gießen soll unverzüglich weitergeführt werden.
- Mit dem Bau der seit über 30 Jahren geplanten Umgehungsstraße von Eltville (B 42) muß endlich begonnen werden.
- Auf den Bau der Geisenheimer Rheinbrücke, deren Finanzierung ohnehin nicht gesichert ist, kann verzichtet werden. Der Protest der Vogelschützer gegen die Verwendung der Rheinauen als Brückenpfeiler ist für diese Entscheidung ebenso von Bedeutung wie die Erhaltung des heutigen Fluß- und Landschaftsbildes im Rheintal.
- Die durch Hessen führende Bundesbahnneubaustrecke Hannover - Würzburg wird unterstützt. Die Einbindung des Oberzentrums Kassel in das INTERCITY-Netz und die mit dem Bau nach Nord- und Osthessen fließenden Mittel in Milliardenhöhe sind von großer Bedeutung für Wirtschaft und Arbeitsplätze dieser Region.
- Der Bau der S-Bahn von Frankfurt nach Offenbach und in den Rodgau ist beschleunigt fortzuführen. Die S-Bahn ist für die Entlastung des Straßennetzes, für die Verbesserung der Umweltbedingungen und aus energiepolitischen Gründen von besonderer Bedeutung.
- Die ursprünglich geplante Odenwaldautobahn soll nicht mehr gebaut werden, ebenso die A 5 (Bremen - Gießen).

4. Für die Verwirklichung von Umweltschutzprojekten

Neben Standortfragen im Energie- und Verkehrsbereich, bei denen ökonomische und ökologische Gründe gegeneinander ins Feld geführt werden, haben auch Standortfragen spezifischer Umweltschutzprojekte zu heftigen Diskussionen geführt. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Wasserversorgung und Sonderabfallbeseitigung, bei denen die Verwirklichung wichtiger Vorhaben seit Jahren hinausgezögert wird.

Die CDU Hessen ist überzeugt, daß auch innerhalb der Ökologie sorgfältig abgewogen werden muß, welche Gründe schwerwiegender sind. Zu einzelnen, den Umweltschutz betreffenden Vorhaben vertritt die CDU folgende Auffassung:

- Die Errichtung der Sondermülldeponie Mainhausen soll unverzüglich weitergeführt werden, sofern sich die Eignung der Tongrube bestätigt. Für ein Industrieland wie Hessen muß es, neben der Giftmülldeponie Herfa-Neurode, Möglichkeiten zur Unterbringung von Sondermüll geben. Außer Mainhausen sollten allerdings auch andere Standorte geprüft werden.
- Die Grube Messel soll höchstens teilweise als Mülldeponie Verwendung finden. Sie stellt ein einzigartiges Reservoir für prähistorische Tier- und Pflanzenfunde dar. Eine Kulturation kann es sich nicht leisten, ein unersetzliches Denkmal dieser Art zu zerstören.

- Die Ernstbachtalsperre sollte so schnell wie möglich gebaut und ihre Finanzierung entweder durch einen Zusammenschluß der Wasserverbände im Rhein-Main-Gebiet oder durch verstärkte Hilfen des Landes sichergestellt werden. Nur durch die Nutzung von Oberflächenwasser zur Trinkwasserversorgung kann die übermäßige Entnahme von Grundwasser aus dem hessischen Ried und dem Vogelsberg vermieden werden.

Mit diesen heute in der Diskussion befindlichen Projekten wird es nicht sein Bewenden haben. Gesellschaftliche Bedürfnisse ändern sich und werden auch in Zukunft Standortentscheidungen notwendig machen, die nicht immer den Beifall der örtlich Betroffenen finden werden. Bei der Entscheidung über wichtige Zukunftsprojekte läßt sich die Hessische CDU von folgenden Überlegungen leiten:

- Parlamente können bei ihrer Mitwirkung an schwierigen technologischen Entscheidungen in unserer auf Gewaltenteilung angelegten Verfassung nur ein begrenztes Mandat beanspruchen.
- Die CDU wünscht keine Verwischung der Zuständigkeiten von Parlament und Regierung. Die Entscheidungskompetenz der Regierung innerhalb ihres verfassungsmäßigen und gesetzlichen Auftrags muß unangetastet bleiben. Die CDU Hessen lehnt deshalb einen parlamentarischen Entscheidungsvorbehalt bei Standortentscheidungen und rechtlichen Genehmigungen ab. Sie bekennt sich jedoch uneingeschränkt zur ebenso umfassenden wie sorgfältigen parlamentarischen Kontrolle des Regierungshandelns in allen Bereichen der Großtechnologie.
- Die CDU setzt sich darüber hinaus für eine intensive Aufklärung und Information der Bevölkerung bei allen bedeutsamen Projekten der Landesplanung ein. Dies schließt die offene Begegnung und Auseinandersetzung mit den Bürgerinitiativen der Betroffenen ein.
- Die Bereitschaft zum Gespräch und zur Aufklärung darf nicht mit Entscheidungsschwäche oder Unfähigkeit verwechselt werden. Entscheidungen dürfen nicht dem Prinzip des geringsten Widerstands folgen. Im Gesamtinteresse notwendige Standortentscheidungen müssen auch gegen örtliche Widerstände durchgehalten werden.
- Die CDU fordert ihre Kommunalpolitiker auf, unliebsamen Entscheidungen nicht auszuweichen, sondern sie verantwortungsbewußt zu treffen. Wer beispielsweise die Kernenergie als unverzichtbare Voraussetzung für Beschäftigung, soziale Sicherheit und Unabhängigkeit bejaht, muß ein Kraftwerk in seiner Umgebung akzeptieren, wenn nicht begründete technische, umweltpolitische und landesplanerische Einwände dagegen sprechen.

Jahrhundertaufgabe Umweltschutz

Die Erhaltung einer natürlichen Umwelt, die Gewährleistung gesunder Lebensbedingungen für Menschen, Tiere und Pflanzen und der sorgsame Umgang mit Rohstoffen, Wasser, Luft und Landschaft sind eine "Jahrhundertaufgabe" von lebensentscheidender Bedeutung.

Für die CDU Hessen gibt es keinen grundsätzlichen Konflikt zwischen Ökologie und Ökonomie. Die Wirtschafts- und Steuerkraft einer leistungsfähigen Wirtschaft muß die Mittel bereitstellen, die für die Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen gebraucht werden. Verursacher von Luft- und Wasserverschmutzung, Abfall- und Landschaftsverbrauch ist nicht nur die Industrie. Alle Bürger, die Auto fahren, Produkte kaufen, Wasser verbrauchen und Abfälle wegwerfen, sind hieran beteiligt. Deshalb ist die Konsequenz dieses "Verursacherprinzips", daß alle Bürger zum Umweltschutz beitragen müssen.

1. Qualität der Oberflächengewässer verbessern

Unsere Oberflächengewässer sind durch organische Verbindungen, Schwermetalle und andere Schadstoffe stark verschmutzt. Der untere Main ist ein nahezu totes Gewässer und auch bei vielen kleineren Flüssen in Hessen ist die Selbstreinigungskraft nahezu zum Erliegen gekommen. Dies ist nicht nur für Tier- und Pflanzenwelt der Gewässer lebensbedrohend, sondern beeinträchtigt auch die Trinkwassergewinnung aus dem Rhein und dem Main, auf die die großen Städte des Rhein-Main-Gebietes angewiesen sind. Die CDU Hessen begrüßt deshalb die Einführung eines Abwasserabgabengesetzes und die Verschärfung der entsprechenden Bestimmungen im Wassergesetz. Sie ist jedoch der Meinung, daß die beiden hessischen Gesetze novelliert werden müssen, weil sie die Bürokratie vor den Gedanken des Gewässerschutzes gestellt haben.

Die CDU Hessen wird dabei dem Gewässerschutz Vorrang einräumen und insbesondere folgenden Gesichtspunkten Rechnung tragen:

- Konzentration der Mittel aus der Abwasserabgabe auf die Schwerpunkte der Gewässerverschmutzung. Aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe sollen keinerlei Verwaltungskosten betritten werden; die Mittel sollen vielmehr voll für die Verbesserung der Gewässergüte eingesetzt werden.
- Angemessene Förderung von Abwasseranlagen im ländlichen Raum, wobei auch kostengünstigere kleine Lösungen in Betracht gezogen werden müssen. Die Umlegung des kommunalen Kostenanteils auf die Bürger darf nicht zu einem gravierend höheren Gesamtwasserpreis in den ländlichen Regionen führen.
- Erlass von Reinhalteordnungen in Zusammenarbeit mit den Nachbarländern für Rhein, Main und Neckar sowie von entsprechenden Richtlinien für das Einleiten wassergefährdender Stoffe in die öffentliche Kanalisation. Bei Vorliegen klarer allgemeinverbindlicher Vorschriften wissen die großen industriellen und kommunalen Einleiter von Schadstoffen von vornherein, woran sie sind, und die Überwachungs- und Kontrollaufgaben der Behörden werden erleichtert.
- Zusammen mit der Bundesregierung ist nachdrücklich auf die "DDR" einzuwirken, um die Einleitung von Kaliabwässern in die Werra zu verringern. Solange der "DDR"-Kalibergbau nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft hat, die Abwassermenge zu reduzieren, sollte eine Milliarden-Investition in die Salz-Pipeline in die Nordsee, deren ökologische Auswirkungen noch nicht überschaubar sind, vorläufig zurückgestellt werden.

2. Schutz und Bewahrung der Grundwasserreserven

Der Schutz des Grundwassers, vor allem vor übermäßiger Inanspruchnahme, ist in Hessen seit Jahren ein brennendes Problem. Übermäßiges Abpumpen hat im Ried zur Austrocknung, zum Absterben von Wäldern und zur Beschädigung von Gebäuden geführt. Auch im Vogelsberg mehren sich die Anzeichen für eine solche Bedrohung. In vielen Fällen wurden die Genehmigungsverfahren für die Grundwasserentnahme zu lasch gehandhabt; durch Probebohrungen, die sich jahrelang hinzogen, wurden ohne rechtliche Absicherung größere Mengen Grundwasser entnommen. Das Absinken des Grundwasserspiegels wird außerdem durch Flußbegradigungen begünstigt, durch die das Wasser zu rasch abfließt.

Für die CDU Hessen ist der Schutz und die Bewahrung der Grundwasserreserven eine vordringliche Aufgabe. Neben der Heranziehung von Oberflächengewässern für die Trinkwassergewinnung, wie beispielsweise durch die Ernstbachtalsperre, muß folgendes gewährleistet werden:

- Bei der Genehmigung für die Grundwasserentnahme soll verbindlich festgelegt werden, nicht mehr Grundwasser zu entnehmen, als neu gebildet werden kann. Dafür sind langjährige Messungen erforderlich. In Trockenjahren muß die Wassergewinnung zurückgeschraubt werden.
- Probebohrungen sollen in Zeit und Umfang begrenzt werden. Wenn sie sich über mehrere Jahre hinziehen und größere Mengen gefördert werden, muß ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt werden.
- Bachläufe und Flüsse sollen nur noch im Ausnahmefall verrohrt oder begradigt werden, damit das Wasser langsamer abfließt.
- Die Ufer der Bäche und Flüsse sollen bepflanzt werden. Dies liegt auch im Interesse des Landschaftsbildes und dient dem Schutz der Tierwelt. Einheimische Gehölze sind dabei zu bevorzugen.
- Eine Beeinträchtigung des Grundwassers durch Fremdstoffe muß vermieden werden.
- Das unterirdische Leitungssystem auf dem Frankfurter Flughafen sowie die Leitungssysteme in Raffinerien und ähnlichen Anlagen sollen dahingehend geändert werden, daß auftretende Lecks sofort bemerkt und behoben werden können.
- In Industrie und Gewerbe soll zunehmend Brauchwasser anstelle des kostbaren Trinkwassers Verwendung finden. Systeme zur Mehrfachverwendung in der Wirtschaft und in den Haushaltungen sollen beschleunigt erforscht und ihre Einführung gefördert werden.

3. Anreize und Kontrollen zur Schaffung umweltfreundlicher Produktionsanlagen

Neben der Land- und Forstwirtschaft und den naturschützenden Verbänden leistet die Wirtschaft einen wesentlichen Beitrag zum Umweltschutz. In den letzten Jahren wurden in der verarbeitenden Industrie im Durchschnitt jährlich 2,4 Milliarden DM für diesen Zweck aufgebracht. Die Erfolge sind eindrucksvoll.

Der Ausbau von Kläranlagen hat die Gewässergüte stabilisiert. Die Schadstoffbelastung der Luft hat sich weiter verringert, trotz Produktionssteigerungen hat z. B. die Staubemission in der Industrie um über die Hälfte abgenommen. Der Aufbau einer Abfallwirtschaft hat die Rohstoffverwertung verbessert. Die Lärmemission schließlich wurde durch neue Auflagen deutlich verringert.

Die CDU Hessen anerkennt den wichtigen Beitrag, den die Wirtschaft zum Umweltschutz leistet. Sie wird die Einhaltung aller diesbezüglichen Gesetze, Verordnungen und Auflagen genauestens kontrollieren. Sie wird aber auch Forschungsvorhaben und Pilotprojekte in Wirtschaft und Kommunen fördern, soweit sie nicht durch Eigenleistung voll finanziert werden können. Besonderes Augenmerk ist zu richten auf

- Recycling von Rohstoffen aus Müll, insbesondere in den Bereichen Altglas, Altpapier, Altreifen und Schrott;
- die energie- und rohstoffsparende Verwendung der Abfälle in Müllheizkraftwerken, Kompostierungsanlagen und zur Glasgewinnung;
- die gefahrlose Beseitigung und im Volumen reduzierte Lagerung von Sondermüll, Hausmüll und Klärschlamm;
- die weitere Herabsetzung der Emission aus Industrie, Straßenverkehr und Heizanlagen;
- die Entwicklung leiser Motoren für Autos, Flugzeuge und Baumaschinen.

Die CDU Hessen ist überzeugt, daß gemeinsam mit der Wirtschaft nicht nur ein besserer Schutz der Umwelt erreicht werden, sondern auch eine Vielzahl neuer Wirtschaftszweige und Arbeitsplätze geschaffen werden können. Umweltschutz kostet nicht nur Geld, sondern er belebt auch die Wirtschaft auf vielfältige Weise. Hinzu kommen muß allerdings eine vorausschauende Umweltvorsorge in der Regionalplanung, die die Beeinträchtigung von Wohngebieten durch Luftverschmutzung und Lärm von vornherein zu verhindern hat.

4. Natur- und Landschaftsschutz - eine Verpflichtung für alle

Mit steigendem Landschaftsverbrauch für Siedlungs- und Verkehrsflächen, mit der Veränderung des natürlichen Landschaftsbildes, vor allem in den Verdichtungsgebieten, und mit der zunehmenden Bedrohung seltener Tiere und Pflanzen rücken ökologische Fragen immer mehr in den Brennpunkt der öffentlichen Diskussion. Die Menschen im Verdichtungsgebiet wehren sich gegen die weitere Zerstörung ihrer Naherholungsgebiete, und die Bevölkerung ländlicher Gebiete, die auf die Arbeitsplätze im Fremdenverkehrsgewerbe angewiesen sind, reagiert empfindlich auf jede Beeinträchtigung der Landschaft.

Die CDU Hessen betrachtet den Natur- und Landschaftsschutz als besondere Verpflichtung:

- Notwendige Eingriffe müssen durch Wiederaufforstung und Rekultivierung ausgeglichen werden. Ein Ausgleich, auch an anderer Stelle, ist einer Geldleistung vorzuziehen.
- Kommunen, insbesondere in Verdichtungsgebieten, sollen angehalten werden, ihre Flächennutzungsplanung und Bauleitplanung mit den Notwendigkeiten

des Landschaftsschutzes in Einklang zu bringen.

- Durch eine Verbindung von Parks, Bepflanzung von Straßen und Plätzen, Begrünung von Hinterhöfen und Einbeziehung von Kleingartensiedlungen sollen "Stadterholungslandschaften" geschaffen werden, so daß sich die Lebensbedingungen der städtischen Bevölkerung an ihrem Wohnort selbst verbessern.
- Natur- und Landschaftsschutzgebiete müssen erhalten und, soweit möglich, erweitert werden. Dabei dürfen allerdings die Interessen der erholungssuchenden Bevölkerung nicht in den Hintergrund treten, sondern müssen mit denen der Tier- und Pflanzenwelt in Einklang gebracht werden.
- Erhaltung und Wiederherstellung der Lebensräume für unsere einheimischen Tiere und Pflanzen durch Feuchtgebiete, Feldgehölze und Altholzinseln sind eine bleibende Aufgabe.

Die CDU Hessen anerkennt die verdienstvolle Tätigkeit der Natur- und Umweltschutzverbände und wird sie bei ihren Aufgaben unterstützen. Die Ablehnung der Verbandsklage im hessischen Naturschutzgesetz ist für die CDU Hessen eine prinzipielle rechtspolitische Entscheidung und bedeutet keineswegs eine Geringschätzung der Verbände. Auch ohne weitere Bürokratisierung gibt es für Bürger und Verbände genügend Möglichkeiten, sich gerichtlicher Hilfen zur Durchsetzung von Anliegen des Umweltschutzes zu bedienen.

IV.

Lebenswerter ländlicher Raum

Land- und Forstwirtschaft sind trotz des erheblichen Rückgangs der Betriebe bedeutende Wirtschaftsfaktoren in Hessen. 10 Prozent der Beschäftigten haben dort ihren Arbeitsplatz, in den ländlichen Kreisen liegt diese Zahl noch weit höher. Zusammen mit den von der Landwirtschaft abhängigen Zulieferern und Abnehmern, insbesondere der Ernährungsindustrie, sorgt die Landwirtschaft für Stabilität und Wirtschaftswachstum im ländlichen Raum.

Für die CDU Hessen haben Land- und Forstwirtschaft eine besondere Bedeutung. Sie tritt für deren Erhaltung und Förderung mit Nachdruck ein, weil

- die Landwirtschaft die Versorgung der Bevölkerung mit vielfältigen und gesunden Nahrungsmitteln garantiert,
- die Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft, insbesondere in den hessischen Mittelgebirgslagen, nur durch die Land- und Forstwirtschaft gewährleistet werden können,
- die Landwirtschaft sichere und qualifizierte Arbeits- und Ausbildungsplätze bietet und die Wirtschaft des ländlichen Raums belebt,
- die Bindung an Familie und Dorfgemeinschaft im ländlichen Raum ein tragendes Element unserer Gesellschaft darstellt,

- die Bodenständigkeit der Land- und Forstwirte und die breite Streuung des Eigentums an Grund und Boden eine wichtige Voraussetzung für die Erhaltung von Freiheit und Demokratie sind.

1. Für eine Verbesserung der ländlichen Infrastruktur

Die Abwanderung gerade jüngerer Erwerbstätiger und Familien aus dem ländlichen Raum hält immer noch an. Ursache hierfür sind nicht nur die fehlenden besseren Arbeitsplätze, sondern auch die mangelhaften Infrastrukturen auf dem Lande. Unzureichende öffentliche Verkehrsverbindungen, der Rückzug der Bundesbahn aus dem ländlichen Raum und steigende Benzinpreise erschweren es gerade den Nebenerwerbslandwirten immer mehr, ihren außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplatz zu erreichen. Schulbesuch, Einkauf und die Wege zu Ärzten und Behörden werden für die Familien im ländlichen Raum immer schwieriger.

Für die CDU Hessen sind eine ausgewogene Besiedlung und ein lebensfähiger ländlicher Raum unerläßliche Voraussetzungen für das Wohlergehen des Landes. Sie wird deshalb in ihrer Politik Schwerpunkte setzen für

- die Erhaltung der Dörfer und Kleinstädte als lebenswerte Wohnorte und Stätten der Begegnung und der gewachsenen Gemeinschaften,
- die Verbesserung der Verkehrsverbindungen auf Schiene und Straße und für die Einbeziehung des ländlichen Nahverkehrs in die öffentliche Förderung,
- die Erhaltung kleiner Schulen und ein möglichst breites Angebot betrieblicher und überbetrieblicher Ausbildungsstätten,
- die Erhaltung und Förderung wohnortnaher Arbeitsplätze in Industrie, Gewerbe, Handwerk und Handel,
- die Entwicklung von Fremdenverkehr und Naherholung im Interesse der sinnvollen Freizeitgestaltung und Gesunderhaltung der Bevölkerung, insbesondere in den Ballungsräumen,
- eine ausreichende Versorgung der ländlichen Bevölkerung mit Ärzten, Zahnärzten, Apotheken und sozialen Einrichtungen,
- die Erhaltung von Einrichtungen für den täglichen Bedarf am Ort oder in erreichbarer Nähe.

2. Festigung der wirtschaftlichen Stellung der Landwirte

Seit Jahren haben sich die Realeinkommen der Landwirte stetig verschlechtert; den mit der allgemeinen Inflation steigenden Betriebskosten stehen nur unzureichende Anhebungen der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise gegenüber. Die Schere zwischen landwirtschaftlichen und außerlandwirtschaftlichen Einkommen klafft immer stärker auseinander. Auch innerhalb der Landwirtschaft gibt es Unterschiede zwischen den verschiedenen Betriebsgrößen, Betriebsformen und Ertragszonen. Die Sorgen vieler Landwirte und der Landjugend um die Zukunft ihrer Existenzen haben ungewöhnliche Ausmaße angenommen.

Die CDU Hessen nimmt diese Sorgen ernst und wird alles tun, um die Leistungskraft der hessischen Landwirtschaft zu unterstützen. Zu den Zielen ihrer Agrarpolitik gehören insbesondere

- die Gleichrangigkeit und die partnerschaftliche Zusammenarbeit von Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben,
- die Förderung der land- und forstwirtschaftlichen Selbsthilfeeinrichtungen, z. B. bei der überbetrieblichen Maschinennutzung, bei der Vermarktung und beim Einsatz von Betriebs Helfern,
- die Ausrichtung der Investitionsförderung an der Rentabilität der Investitionen und an der Leistungsfähigkeit der Landwirte anstatt an starren Einkommensgrenzen,
- die Einführung eines allgemeinen Agrarkreditprogramms in die einzelbetriebliche Förderung in Zusammenarbeit mit den Genossenschaften und Banken des ländlichen Raumes,
- die Fortführung der Flurbereinigung und der Dorferneuerung, soweit sie mit den Interessen und Bedürfnissen der betroffenen Landwirte übereinstimmen und diesen nicht unzumutbare Belastungen aufbürden,
- ein fairer Wettbewerb innerhalb der Europäischen Gemeinschaft.

3. Die Verantwortung der Land- und Forstwirtschaft für den Umweltschutz

Land- und Forstwirtschaft stehen im Brennpunkt der Umwelt- und Naturschutzdiskussion. Auf der einen Seite werden ihre Verdienste um die Pflege und Gestaltung der Kulturlandschaft in Wald, Feld und Flur als wesentlicher Beitrag zum Umweltschutz anerkannt. Auf der anderen Seite wird der mit der landwirtschaftlichen Tätigkeit verbundene Einsatz von Mineraldüngern, chemischen Pflanzenbehandlungsmitteln und Tiermedikamenten zunehmend kritisiert. Dabei wird übersehen, daß die Land- und Forstwirte seit Jahrhunderten an einen verantwortungsbewußten Umgang mit der Natur gewöhnt sind. Vieles von dem, was als "Mißstand" angeprangert wird, ist nichts anderes als die Anpassung der Landwirtschaft an die veränderten Verbraucherwünsche bei pflanzlichen und tierischen Produkten.

Die CDU Hessen wird alles tun, um das ökologische Verantwortungsbewußtsein der hessischen Land- und Forstwirte zu unterstützen. Sie wird insbesondere

- die Beibehaltung der Landwirtschaftsklausel im Naturschutzgesetz, d. h. die Anerkennung der Umweltbedeutung landwirtschaftlicher Tätigkeit, mit Nachdruck vertreten,
- dafür sorgen, daß Aufforstungen im Ballungsgebiet nicht immer zu Lasten der landwirtschaftlichen Flächen durchgeführt werden, da für Klima und Luftzufuhr gerade Felder und Wiesen von unersetzlicher Bedeutung sind,
- die Erhaltung und Neuanlage von Feldgehölzen, Hecken und Rainen zum Schutze des Niederwildes und der Vögel fördern,

- den sinnvollen Einsatz von Mineraldünger und chemischen Pflanzenbehandlungsmitteln bejahen, aber auch die Erforschung und Anwendung biologischer Pflanzenbehandlungsmittel unterstützen,
- Modelle zur Energiegewinnung aus landwirtschaftlichen Abfallprodukten und sonstiger Biomasse fördern.

Biologische Anbaumethoden in der Landwirtschaft haben dort ihren Sinn, wo der betreffende Betrieb einen Absatzmarkt für teurere Produkte gefunden hat. Sie sind nicht auf die gesamte Landwirtschaft übertragbar, weil sie in kurzer Zeit einen erheblichen Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion bei gleichzeitig erhöhtem Arbeitsaufwand bewirken würden. Dies können wir uns in unserer Lage und angesichts des zunehmenden Hungers in der Welt nicht leisten. Die CDU Hessen ist sich deshalb zusammen mit den hessischen Landwirten der besonderen Verantwortung bewußt, über die EC mit dazu beizutragen, daß die Menschen in den Entwicklungsländern mit für sie geeigneten Nahrungsmitteln versorgt werden.

V.

Kultur- und Bildungspolitik

1. Kurskorrektur im Bildungswesen notwendig

Eine CDU-Landesregierung steht vor der Aufgabe, in der gesamten Bildungspolitik, vordringlich im Schulwesen, schwerwiegende Fehlentwicklungen zu korrigieren, Schäden zu heilen, Ordnung zu schaffen und inneren Frieden zu stiften. In der Schulpolitik dürfen nicht einseitige Ideologien und nicht der Wille einer Partei maßgebend sein. Alle Veränderungen müssen in größtmöglicher Übereinstimmung mit den Betroffenen durchgeführt werden. Zu den herausragenden Aufgaben der Bildungspolitik gehören:

- die Durchsetzung der verfassungsmäßigen Ordnung in den Bildungseinrichtungen,
- die Sicherung des Elternrechts und des Prinzips der freien Wahl des Bildungsweges,
- die Stärkung des Erziehungsgedankens, der Leistungsgerechtigkeit und einer soliden Ausbildung in der Schule,
- die Wiederannäherung von Bildungs- und Beschäftigungssystem
- die finanzielle Sanierung des Schul- und Hochschulsystems.

Alle Bildungseinrichtungen sind unserer freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung verpflichtet. Wer gegen den freiheitlichen Staat erziehen will, hat im Bildungswesen keinen Platz. Die Träger der staatlichen Verantwortung haben die Aufgabe, grundlegende Wertentscheidungen unserer

Verfassungsordnung im Bildungswesen wieder deutlicher zur Geltung zu bringen und dort, wo sie ausgehöhlt sind, wieder durchzusetzen:

- Die Rechte der Eltern und Schüler müssen gegen parteipolitischen Zwang und gegen ideologische Verführer gesichert werden.
- Der überparteiliche Charakter des öffentlichen Dienstes muß besonders vordringlich in Schule und Hochschule wiederhergestellt werden.

Durch solide Lehrpläne und eine entsprechende Lehrerbildung müssen die Lebens- und Berufschancen der Schüler verbessert werden. Eine solide Grundbildung hat für uns einen höheren Rang als Spezialistentum. In der Schule darf kein Platz für wissenschaftliche Überforderung sein. Die Konsolidierung des Schulwesens muß auch durch eine wirksame Schulaufsicht gewährleistet werden. Diese kann wesentlich weniger personalaufwendig als heute sein, wenn sie in den Stand gesetzt wird, sich auf ihre wesentlichen Aufgaben zu konzentrieren.

Die CDU wird die durch sozialistische Bildungspolitik entstandene Auseinanderentwicklung von Bildungs- und Beschäftigungssystem im Interesse der Schüler nach Kräften korrigieren und dabei folgende Ziele verwirklichen:

- Es wird eine lebensnahe, schulbegleitende Bildungs- und Berufsberatung eingeführt.
- Die Bildungsmöglichkeiten der beruflichen Schulen werden aufgewertet.
- Es werden konkurrierende Angebote zum akademischen Studium geschaffen.

Eine CDU-Regierung in Hessen wird die Verschleuderung und ungerechte Verteilung der knappen Haushaltsmittel beenden und den Bildungshaushalt schrittweise sanieren. Eine Entwicklung, die dazu geführt hat, daß z. B. zwischen 1970 und 1980 11 000 zusätzlich geschaffene Lehrerstellen im hessischen Schulwesen "versickert" sind, ohne eine wesentliche Verbesserung der Unterrichtsversorgung zu bewirken, kann nicht länger hingenommen werden. Die SPD/F.D.P.-Koalition hat durch kostspielige und wenig wirksame Organisationsstrukturen in Schule und Hochschule das Bildungswesen in eine finanzielle Sackgasse geführt. Eine CDU-Regierung in Hessen kann daher die Mängel im Bildungssystem, soweit sie zusätzliche Haushaltsmittel erfordern, nur Schritt für Schritt beseitigen. Am Anfang der notwendigen Prioritätenfolge stehen:

- die Beseitigung des Unterrichtsausfalls,
- die Verbesserung der Schulsituation der ausländischen Kinder und der deutschen Kinder in Schulen mit großem Ausländeranteil,
- die Sicherung von Schulstandorten, die durch den Geburtenrückgang bedroht werden,
- die Anhebung der Qualität der beruflichen Bildung,
- die Sicherung hochwertiger Forschung,
- die Schaffung von Wohnraum für Studenten,
- die Begabtenförderung.

2. Das Schulsystem vernünftig gliedern

Das Schulwesen muß den unterschiedlichen Begabungen und Fähigkeiten und dem unterschiedlichen Leistungsvermögen der Menschen gerecht werden und deshalb vielfältig gegliedert sein. Es muß verschiedenartige aber gleichwertige Schullaufbahnen sowie Übergangsmöglichkeiten von einem Bildungsweg zum anderen enthalten. Nur ein gegliedertes Schulwesen, das so angelegt ist, daß es Sackgassen vermeidet, gibt dem Schüler eine gerechte Chance. Der Zugang zu den verschiedenen Schulformen und Bildungsgängen setzt Eignung voraus. Der Grundsatz des gegliederten Schulwesens und der pädagogischen Eigenständigkeit der Schulformen bestimmt auch die Lehrerbildung, die Lehrpläne, Stundentafeln und Lernmittel sowie die Aufgaben der Schulaufsicht.

- Die CDU fordert die überschaubare Schule. Massenschulen dürfen nicht mehr gebaut werden. Die Anonymität und unvermeidliche Überbürokratisierung großer Schulsysteme zerstören die Schule als Erziehungs- und Bildungsgemeinschaft und ziehen hohe Nebenkosten, insbesondere durch unnötige Schülertransporte, nach sich. In der Schulgesetzgebung und den Baurichtlinien müssen daraus die notwendigen Konsequenzen gezogen werden.
- Die CDU hält es nicht für vertretbar, weitere Gesamtschulen zu errichten, weil diese Schulart trotz übergroßen Einsatzes an Personal und Sachmitteln in den meisten Fällen in ihrer pädagogischen Qualität hinter dem gegliederten Schulwesen zurückgeblieben ist. Die bestehenden Gesamtschulen sollen in der Regel erhalten bleiben. In den Gebieten, in denen flächendeckende Gesamtschulsysteme bestehen, werden die Wahlmöglichkeiten der Eltern und die Bildungsmöglichkeiten der Schüler durch ein konkurrierendes Angebot mit Schulen des gegliederten Schulsystems wiederhergestellt. Gesamtschulen und Schulen des gegliederten Schulsystems werden hinsichtlich der Personalaufwendungen und der Sachmittelausstattung gleichbehandelt.

Die CDU wird sich intensiv den ungelösten inneren Problemen der Gesamtschulen zuwenden und dafür Sorge tragen, daß

- eine ausreichende Differenzierung nach Begabung und Leistung stattfindet,
- die Zukunftschancen der Gesamtschüler durch einen Unterricht gewahrt werden, der den Ansprüchen des gegliederten Schulsystems entspricht,
- an den Gesamtschulen Abschlüsse erworben werden, die den Abschlüssen im gegliederten Schulsystem gleichwertig sind.

3. Solide Lehrpläne statt Rahmenrichtlinien

Die CDU lehnt die hessischen Rahmenrichtlinien grundsätzlich ab. Als Einheitslehrpläne ohne Berücksichtigung der Schulformen gehen sie an der Schullwirklichkeit vorbei. Der Versuch, die Methodik und Didaktik des Unterrichts in den Rahmenrichtlinien regeln zu wollen, zerstört die notwendige pädagogische Freiheit. Die übertriebene Verwissenschaftlichung des Unterrichts hat sich als Fehlentwicklung herausgestellt. Ein Teil der Rahmenrichtlinien hält immer noch an einseitigen ideologischen Denkvorgaben fest.

- Eine Regierung der CDU wird schulformbezogene Lehrpläne vorlegen. Sie müssen frei von übertriebenen wissenschaftlichen Anforderungen auf eine solide, altersgerechte Vermittlung von Wissen und Können gerichtet sein, den Wertvorstellungen des Grundgesetzes und der Hessischen Verfassung in vollem Umfang entsprechen und insbesondere den Grundgedanken der

weltanschaulichen Toleranz im Schulwesen berücksichtigen. Ideologische Zwangsvorstellungen wie die Konstruktion einer "Gesellschaftslehre" müssen der Vergangenheit angehören. Geschichte, Erdkunde und Sozialkunde werden als selbständige Fächer wiederhergestellt.

- Eine Neufassung der hessischen Lehrpläne gibt Gelegenheit, die unnötige zentralistische Regelungstätigkeit im Schulwesen einzuschränken, indem auf methodische und didaktische Anweisungen sowie auf allzu engmaschige Vorschriften über die Unterrichtsstoffe verzichtet wird. Die Lehrpläne sollen sich darauf beschränken, die wesentlichen Bildungsziele zu beschreiben und Minimalkataloge über die Unterrichtsstoffe aufzustellen. Entscheidend sind klare Angaben über die Ziele und Aufgaben, die in einem Fach innerhalb eines Bildungsabschnittes erreicht werden müssen. Die Bewältigung der in den Lehrplänen aufgeführten Mindestanforderungen darf nicht die ganze für den Unterricht zur Verfügung stehende Zeit ausfüllen. Die so auf das Wesentliche beschränkten Lehrpläne ermöglichen eine lebendige Weiterentwicklung der Unterrichtspraxis, erlauben der einzelnen Schule, eigene Akzente zu setzen und gestatten dem Lehrer, die besondere Situation seiner Klasse zu berücksichtigen.

4. Praxisorientierte Lehrerbildung

Die Lehrerbildung muß so gestaltet sein, daß sie unserem vielfach gegliederten Schulwesen gerecht wird. Die unterschiedlichen Aufgaben der Lehrer erfordern eine unterschiedliche Vorbereitung auf die Berufstätigkeit. Im Lehramtsstudium ist der Anteil der praxisorientierten Schulpädagogik zu verstärken.

- Bei der Besetzung der erziehungswissenschaftlichen Professorenstellen ist darauf zu achten, daß Pädagogen und Didaktiker über ausreichende unterrichtspraktische Erfahrungen verfügen.
- Die Aus- und Fortbildung für Berufsschullehrer ist wieder stärker an der beruflichen Praxis zu orientieren.
- Die fachtheoretischen Elemente des Lehramtsstudiums sollen möglichst so angelegt werden, daß auch andere als auf das Lehramt zielende Qualifikationen im Studium bzw. mit einem verkürzten Zusatzstudium erreichbar sind, damit die Lehrerarbeitslosigkeit gemildert werden kann.
- Die Verantwortung des Staates für die Inhalte der Lehrerausbildung ist durch eine kritische Durchsicht der Prüfungsordnungen und eine fachlich angemessene Besetzung der wissenschaftlichen Prüfungssämter und der Studienseminare entschiedener als bisher wahrzunehmen.
- Eine CDU-Landesregierung wird das Referendariat wieder auf 24 Monate ausdehnen und die Anrechnung des Referendariatsunterrichts auf die Bedarfsdeckung des Unterrichts schrittweise abschaffen.
- Die Lehrerfortbildung in Hessen, die in den letzten Jahren weitgehend politisch mißbraucht wurde, muß sich in Zusammenarbeit mit der Lehrerschaft wieder ihren eigentlichen Aufgaben, nämlich der pädagogischen und fachlichen Fortbildung, zuwenden. Dabei ist auch ein Erfahrungsaustausch zwischen Schulpraktikern, Wissenschaftlern und Eltern anzustreben.

5. Elternrecht durchsetzen

Grundgesetz und Hessische Verfassung garantieren das vorrangige Erziehungsgeschäft der Eltern. Im Bereich der Schule haben Staat und Elternhaus einen gemeinsamen und gleichgeordneten Erziehungsauftrag. Im Zweifelsfall gilt jedoch auch hier der grundgesetzlich verankerte Vorrang des elterlichen Erziehungsrechtes gegenüber dem staatlichen Anspruch. Die hessische Schulpolitik der letzten Jahre hat diesen Grundsatz verlassen, den Elternwillen ständig mißachtet und die Schüler einseitigen Ideologien ausgeliefert. Die CDU wird deshalb das individuelle Elternrecht stärken:

- Durch freie Wahl der Bildungswege im Anschluß an die Grundschule.
- Durch eine Gestaltung der Bildungsinhalte, die dem partnerschaftlichen Auftrag von Elternhaus und Schule entspricht.
- Das Elternmitwirkungsrecht, das durch eine Gesetzesänderung so überkompliziert gestaltet wurde, daß es auf Kreis- und Landesebene von juristischen Laien kaum noch gehandhabt werden kann, wird drastisch vereinfacht.
- Die Mitwirkungskompetenzen der Elternvertretungen werden insbesondere bei der Entscheidung über Schulversuche sowie bei Schulentwicklungsplanungen erweitert.

6. Schulaufsicht neu ordnen

Die Errichtung von staatlichen Schulämtern auf Kreisebene hat die Schulaufsicht komplizierter und teurer gemacht, die schulfachlichen Belange zugunsten von Bürokratisierung und Politisierung zurückgedrängt und insgesamt das Ziel, die Schulaufsicht wirkungsvoller zu gestalten, verfehlt. Eine pädagogische Schulaufsicht findet in Hessen trotz vermehrter Behördenapparate weitgehend nicht statt. Die CDU hält am Grundsatz der einheitlichen Dienst-, Rechts- und Fachaufsicht im Schulwesen fest und strebt folgende Änderungen an:

- Im Zuge einer größtmöglichen Entbürokratisierung sollen den Schulen mehr Aufgaben und Entscheidungsbefugnisse in eigener Zuständigkeit übertragen werden. Die Schulleiter müssen mit den Rechten ausgestattet werden, die ihrer Verantwortung entsprechen. Die pädagogische Schulaufsicht, die sowohl Beratungstätigkeit als auch fachliche Aufsicht im engeren Sinne ist, muß gegen die Tendenz durchgesetzt werden, Schulaufsicht nur noch als Rechtsaufsicht zu verstehen.
- Eine CDU-Regierung wird die Zahl der Vorschriften im Bereich des Schulwesens rigoros vermindern und praxisnahe Rechtsgrundlagen entwickeln, die die pädagogische Arbeit erleichtern und der Schule einen Freiraum zur Eigengestaltung belassen.
- Eine CDU-Regierung in Hessen wird die Schulaufsicht über die Gymnasien, Gesamtschulen und beruflichen Schulen zu den Regierungspräsidien verlagern und die Aufgaben der staatlichen Schulämter auf die herkömmlichen Dienstobliegenheiten der Schulräte beschränken.

7. Mehr Gestaltungsfreiheit für Schulträger

Die CDU will das Verhältnis zwischen Landesregierung und Schulträgern, das von Zwangsmaßnahmen und schikanösen Eingriffen des Kultusministers in die kommunale Selbstverwaltung geprägt ist, grundlegend verbessern:

- Die überbürokratisierten, vielfältigen Genehmigungsvorschriften für Schulbauten, Schulentwicklungsplanungen und organisatorische Änderungen im Schulwesen müssen entrümpelt und auf das notwendige Mindestmaß beschränkt werden.
- Gemeinsam mit den Schulträgern und den kommunalen Spitzenverbänden ist zu prüfen, ob die Schulträgerschaft für die Grund- und Hauptschule an die Gemeinden zurückgegeben werden kann.
- Schulbaumittel sollen in Zukunft vom Land auch für die notwendige Sanierung bestehender Schulen zur Verfügung gestellt werden.

8. Vorrang für die Grundschulen

Die CDU setzt einen deutlichen Schwerpunkt bei dem Bemühen um eine solide Grundschule. Sie legt ein gleiches Bildungsfundament für alle und führt dann in behutsamer Form zum späteren Fachunterricht. Auf keiner Altersstufe sind Schüler so sehr auf feste Bezugspersonen wie in der Grundschule angewiesen. Deshalb tritt die CDU für das Klassenlehrer-System ein. Auf keiner Altersstufe ist die Aufnahmefähigkeit und Empfindlichkeit gegenüber unpersönlichen Massensystemen größer. Ziel der CDU-Politik sind daher überschaubare Grundschulen und kleine Grundschulklassen. Die weitere Grundschulentwicklung soll sich an folgenden Zielen orientieren:

- Grundschulen müssen wohnortnah sein. Die Welle der Grundschulschließungen muß gestoppt werden. Auch Grundschulen, die vorübergehend unter die jetzt geltende gesetzliche Mindestgröße von 50 Schülern absinken, sollen erhalten bleiben. Besonders in den ländlichen Räumen müssen flexible Formen der Unterrichtsversorgung angewandt werden, um Schulstandorte zu sichern. Das schließt auch, soweit es unumgänglich ist, die Zusammenlegung von Jahrgängen ein.
- Grundschulklassen sollen in der Regel nicht mehr als 25 Schüler haben. Die Mindestgröße von Grundschulklassen ist mit den Erfordernissen eines wohnortnahen Schulangebots in Übereinstimmung zu halten.
- Die Schulwege sollen so bemessen sein, daß unvermeidbare Schülertransporte eine Fahrtdauer von 20 Minuten in der Regel nicht überschreiten.
- Grundlegende Fähigkeiten und Fertigkeiten im Lesen, Schreiben und Rechnen müssen ebenso wie der musische Unterricht und die Bewegung im Sport und Spiel intensiv gefördert werden. Eine zu sehr fachwissenschaftliche Überlagerung der Grundschulpädagogik ist zurückzudämmen.
- Alle Schulen, insbesondere Grundschulen, brauchen in ihren Lehrplänen mehr Zeit für übendes Lernen, damit die Eltern bei der Betreuung der Hausaufgaben entlastet werden können und damit Kinder mit geringfügigen Lernbehinderungen nicht in Sonderschulen überwiesen werden müssen.

- Die CDU unterstützt nachhaltig den Aufbau von Vorklassen für schulpflichtige aber noch nicht schulreife Kinder. Die vorschulische Förderung dagegen ist ausschließlich als freiwilliges Zusatzangebot den Kindergärten zuzuordnen. Sie soll insbesondere den leistungsschwächeren und in ihrer Entwicklung gehemmten Kindern verbesserte Startchancen für die Schule geben. Hierbei hat die musische Erziehung und die Förderung der sprachlichen Ausdrucksfähigkeit besonderes Gewicht.

9. Sonderschulen - Chancen für Behinderte

In der öffentlichen Zuwendung zu den Sonderschulen sehen wir eine wichtige Bewährungsprobe für die Idee der Humanität im Bildungswesen. Eine Landesregierung der CDU wird sich deshalb der Weiterentwicklung des Sonderschulwesens intensiv annehmen und dabei vordringlich folgende Zielsetzungen verwirklichen:

- Die Gliederung des Sonderschulwesens ist ausschließlich nach den Behindertungsarten auszurichten.
- Bei der Einrichtung von Ganztagsangeboten haben die Schulen für Körperbehinderte und Praktisch Bildbare Vorrang.
- Die Zuweisung von Sonderschullehrern, Erziehern und Therapeuten ist nach Kräften zu verbessern.
- Die Zusammenarbeit der Sonderschulen mit Betrieben des Handwerks, der Industrie und der Verwaltung ist zu verstärken, damit die berufliche Eingliederung von Sonderschülern besser vorbereitet werden kann.
- An der eigenständigen Ausbildung von Sonderschullehrern ist festzuhalten.

10. Keine Zwangsförderstufe

Die Förderstufe ist pädagogisch und wissenschaftlich zu Recht umstritten. Der Zwang zum Besuch der Förderstufe schränkt das Elternrecht in unnötiger Weise ein. Eine landesweite, flächendeckende Einführung der Zwangsförderstufe wird es mit der CDU nicht geben. Die bisherigen Erfahrungen mit schulformunabhängigen Förderstufen zeigen überwiegend, daß die unterschiedlichen Begabungen der Schüler nicht genügend berücksichtigt werden, so daß ein Teil der Schüler überfordert und andere Schüler dagegen in ihrer Entwicklung gehemmt werden. Die CDU tritt deshalb auch unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus anderen Bundesländern für folgende Regelung ein:

Das fünfte und sechste Schuljahr an allen weiterführenden Schulen soll als Orientierungsphase konzipiert werden und nicht als eine eigenständige Stufenstufe, die mit unerfüllbaren Versprechungen belastet ist. In dieser Orientierungsphase sollen die verschiedenen Schulformen zusammenwirken, damit mögliche Fehlentscheidungen nach dem Grundschulabschluß ohne Umwege korrigiert werden können. Die Einteilung in Kurse und das System der Auf- und Abstufungen entfallen dabei zugunsten des Klassenverbandes. Ein Überwechseln des Schülers von einer Schulform zur anderen wird ohne Zeitverlust ermöglicht.

11. Eigenwert der Hauptschule stärken

Die politisch gewollte Verödung der Hauptschulen in Hessen muß beendet und soweit wie möglich rückgängig gemacht werden. Die Gesamtschule hat die Hauptschule nicht gleichwertig ersetzen können. Die CDU will der Hauptschule ihren Eigenwert und ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Schularten zurückgeben. Dabei sollen folgende Grundsätze gelten:

- Die Hauptschule soll wohnortnah sein und eine überschaubare Größe haben. Bei zurückgehenden Schülerzahlen müssen ebenso wie bei der Erhaltung von Grundschulstandorten flexible Formen der Unterrichtsversorgung angewandt werden.
- Die Benachteiligung der Hauptschule bei der Zuteilung von Lehrkräften ist aufzuheben. Alle Schulformen der Mittelstufe sind gleichmäßig mit Lehrkräften zu versorgen.
- Die Hauptschulpädagogik muß unter den veränderten Bedingungen von heute wieder neu entwickelt werden. Dabei ist weitgehend vom Klassenlehrer-System auszugehen. Das Ziel des anschaulichen Unterrichts hat in der Hauptschule eine hervorgehobene Bedeutung.
- In den Studentafeln ist ein berufspraktisch orientierter Lernbereich Arbeit - , Wirtschaft-Technik vorzusehen und auf die Pflichtfremdsprache zu verzichten.
- Die berufspraktische Orientierung der Hauptschule ist durch eine institutionelle und personelle Zusammenarbeit mit den beruflichen Schulen sowie durch verstärkte Betriebserkundungen und Berufspraktika in den Abschlußklassen auszubauen.
- Die CDU setzt sich dafür ein, daß alle Ausbildungsgänge, für die ohne ausreichende Begründung ein mittlerer Bildungsabschluß oder das Abitur als Eingangsvoraussetzung gefordert werden, wieder für Hauptschulabgänger geöffnet werden. Der Hauptschulabschluß muß auch in Zukunft mit neun Schuljahren erreichbar sein; ein zehntes Hauptschuljahr kommt nur als freiwillige Einrichtung in Frage.

12. Realschulen aufwerten

Die CDU mißt der Entwicklung der Realschule und den mittleren Bildungsabschlüssen eine erhöhte Bedeutung bei:

- Die Realschule ist als allgemeinbildende Schule weder einseitig berufsbezogen noch studienorientiert. Sie gewährleistet eine abgeschlossene Bildung mit der Berechtigung zum Übergang auf berufliche weiterführende Schulen, insbesondere die Fachoberschulen, und auf die Gymnasien.
- Die Realschule hat ihre Schüler auf gehobene praktische Berufe in Handel, gewerblicher Wirtschaft, Verwaltung sowie im sozialpflegerischen Bereich vorzubereiten. Die Lehrpläne müssen dieser Aufgabe entsprechen. Zur besseren Berufsvorbereitung sind verstärkt Lerngruppen in Wahlpflichtfächern einzurichten, in denen technische, wirtschaftliche, hauswirtschaftliche und gestalterische Grundkenntnisse vermittelt werden.
- Die Qualität der Realschule hat einen bedeutsamen Einfluß auf die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Die CDU setzt sich deshalb dafür ein, die Schulleistungen der Realschulabsolventen wieder auf das in der Tradition der deutschen Realschulen gewachsene Niveau zu bringen.

13. Das Gymnasium als pädagogische und organisatorische Einheit erhalten

Das Gymnasium muß als einheitlicher, nicht in Stufen zersplitterter Bildungsgang erhalten werden, der durch die Ziele der Allgemeinbildung und der allgemeinen Studierfähigkeit bestimmt wird. Diese von der Hessischen CDU vertretene Auffassung wurde durch das Urteil des Hessischen Staatsgerichtshofes vom 30.12.1981 bestätigt. Danach ist das in den letzten Jahren praktizierte Kurssystem in der gymnasialen Oberstufe ebenso wie die Zusammenfassung von Geschichte, Erdkunde und Sozialkunde in dem Mischfach Gemeinschaftskunde verfassungswidrig.

- Eine CDU-Regierung wird umgehend eine gesetzliche Neuregelung der gymnasialen Oberstufe vorlegen, die sich an den vom Staatsgerichtshof dargelegten Verfassungsgeboten orientiert.
- Der Unterricht am Gymnasium muß bis zum Abitur breit gefächert sein, übertriebene Spezialisierung und unzusammenhängende Kursthemen vermeiden und so die allgemeine Studierfähigkeit der Abiturienten sichern. Dabei müssen für den Schüler auch in Zukunft sinnvolle Schwerpunktbildungen in der Oberstufe möglich sein.
- Geschichte, Erdkunde und Sozialkunde sind anstelle von Gemeinschaftskunde als vollwertige Fächer wiederherzustellen.
- Das Benotungssystem der Oberstufe muß so angelegt sein, daß die Leistungsentwicklung des Schülers berücksichtigt wird.

14. Freie Schulen fördern

Nichtstaatliche, freie Schulen müssen auch in Zukunft gegründet und frei geführt werden können. Ihr Bildungsangebot muß gegenüber dem öffentlichen Schulwesen gleichwertig, aber nicht gleichartig sein. Der Staat hat die Aufgabe, sich für die Existenzsicherung der freien Schulen einzusetzen. Die CDU wird einen pädagogischen Wettbewerb und ein geordnetes Miteinander zwischen öffentlichen und freien Schulen ermöglichen. Freie Schulen sind häufig Schrittmacher der pädagogischen Weiterentwicklung. Sie entlasten Staat und Gemeinden finanziell. Aus den staatlichen Finanzierungsregelungen für die freien Schulen müssen diskriminierende Bestimmungen gestrichen werden.

15. Berufliche Bildung ausbauen

Die beruflichen Schulen sind beim Ausbau der Bildungseinrichtungen in der Vergangenheit vernachlässigt worden. Die CDU wird diese Fehlentwicklung korrigieren.

- Schulische und betriebliche Ausbildung müssen besser aufeinander abgestimmt werden. Die Zusammenarbeit von beruflichen Schulen und Ausbildungsbetrieben ist zu fördern, unter anderem durch die verstärkte Einführung der phasengegliederten Berufsausbildung. Die CDU setzt sich weiterhin für die Anerkennung der berufsschulischen Leistungen in den Lehrabschlußprüfungen ein.

- Durch die Vernachlässigung von grundlegenden Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten, z. B. in der Beherrschung der deutschen Sprache, in Rechnen bzw. Mathematik und Physik, ist nicht nur die Studierfähigkeit der Abiturienten, sondern in gleichem Maße die berufliche Qualifizierungsmöglichkeit weiter Teile der Jugend gefährdet. Voraussetzung aller Verbesserungen im System der beruflichen Bildung ist daher die Rückkehr zur Solidität in den allgemeinbildenden Schulen sowie der qualitative Ausbau der Berufs- und Berufsfachschulen.
- Beim Ausbau der beruflichen Grundbildung ist, soweit nicht branchenspezifische Erfordernisse entgegenstehen, der kooperativen Form der Vorzug zu geben.
- Im Rahmen der Mittelzuweisung des Landes ist ein besonderer Schwerpunkt bei der Geräteausstattung und den Verbrauchsmaterialien der beruflichen Schulen zu setzen.
- Überbetriebliche Ausbildungsstätten werden auch in strukturschwachen Gebieten gefördert. Sie sollen nicht die betriebliche Ausbildung ersetzen, sondern ergänzen und damit das duale System sichern. Schaffung und Trägerschaft von überbetrieblichen Ausbildungsstätten sollen maßgeblich der gewerblichen Wirtschaft anvertraut werden.
- Berufsfachschulen, Berufsaufbauschulen, Fachschulen, Fachoberschulen und berufliche Gymnasien sollen weiterhin mit der Teilzeitberufsschule organisatorisch verbunden bleiben. Eine "Integration" der beruflichen Bildung in die allgemeinbildende Oberstufe lehnt die CDU ab. Sie würde die Berufsqualifizierung verfehlen.
- Die Berufsfachschulen sind in ihrer bewährten Konzeption zu erhalten.
- Die Abschlüsse im beruflichen Schulwesen sind den allgemeinbildenden Abschlüssen gleichzustellen.
- Die Bemühungen um eine qualitative Verbesserung der Berufsausbildung und um die Verwirklichung des 12stündigen Berufschulunterrichts werden fortgesetzt.
- Als Alternative zu wissenschaftlich-theoretischen Studiengängen werden Berufsakademien bzw. betriebsbezogene Ausbildungsgänge an den Fachhochschulen errichtet. Sie gewährleisten eine Ausbildung in dualer Form und stehen für Bewerber mit mittlerem Bildungsabschluß oder Abitur offen.

16. Erwachsenenbildung

Die CDU strebt ein System der Erwachsenenbildung und Weiterbildung an, das im beruflichen, gesellschaftlich-politischen und persönlichen Bereich Hilfen zur Persönlichkeitsentfaltung und Daseinsbewältigung gibt und die Bereitschaft weckt, unsere verfassungsmäßige Ordnung zu unterstützen und mitzugestalten.

- Die Erwachsenen- und Weiterbildung stützt sich auf öffentliche und freie Träger der Bildungsarbeit. Bei der Förderung ihrer Arbeit sind die freigeinnützigen Einrichtungen auf die Dauer den Volkshochschulen gleichzustellen.
- Die vom Staat getragene und geförderte politische Bildungsarbeit muß auf dem Boden des demokratischen und freiheitlichen Rechtsstaates erfolgen.
- Der bisherige Umfang der Erwachsenenbildungsarbeit der Volkshochschulen ist zu sichern.

17. Freie und leistungsfähige Universitäten

Die Leistungsfähigkeit der Hochschulen ist mit der Wissenschaftsfreiheit und der Qualität von Forschung, Lehre und Studium untrennbar verbunden. Dieser Zusammenhang ist in den 70er Jahren vielfältig mißachtet worden. Die CDU wird dagegen in ihrer Hochschulpolitik folgende Grundsätze voranstellen:

- Die Freiheit der Forschung, der Lehre und des Lernens wird als Individualrecht beachtet und gegen Kollektivismus geschützt.
- Der freiheitliche Rechtsstaat muß an den Hochschulen wissenschaftliche Forschungsarbeit und Lehrtätigkeit unabhängig von politischen Dogmen und Mehrheiten ermöglichen.
- Wissenschaftspluralismus konkretisiert sich in der Vielfalt wissenschaftlicher Arbeitsmethoden. Er darf nicht als paritätisches Verhältnis ideologischer Gruppierungen und politischer Meinungen mißverstanden werden.

Die zurückgehenden staatlichen Finanzierungsmöglichkeiten zwingen dazu, bei der Verteilung der Mittel für die Hochschulhaushalte die gesamtwirtschaftlichen Erfordernisse und die Arbeitsmarktlage stärker als bisher zu berücksichtigen:

- Studiengänge, denen keine entsprechenden beruflichen Chancen gegenüberstehen, müssen deshalb zugunsten von Ausbildungswegen mit beruflicher Zukunftsaussicht reduziert werden.
- Eine CDU-Landesregierung wird die nicht funktionsfähige Landeshochschulkonferenz auflösen und statt dessen bei allen wesentlichen hochschulpolitischen Entscheidungen auf die Beratung durch einen fachbezogen zusammengesetzten Landeswissenschaftsrat zurückgreifen.
- Ein besonderer Schwerpunkt ist bei der Förderung zukunftssträchtiger Forschung und Lehre zu setzen. Die CDU wird deshalb eine zentrale Stellen- und Mittelreserve bilden, damit Ressourcen gezielt eingesetzt werden können.
- Der stagnierende Studentenwohnheimbau muß angesichts von in den 80er Jahren erneut ansteigenden Studentenzahlen fortgeführt werden. Die Studienreform ist mit dem Ziel einer Straffung der Studiengänge fachbezogen voranzutreiben. An dieser Aufgabe müssen auch Sachkundige aus der beruflichen Praxis beteiligt werden.
- Die bisherige Graduiertenförderung, die durch den Rückzug des Bundes aus der Mitfinanzierung zu erliegen droht, wird durch eine hessische Begebenstiftung unter maßgeblicher Beteiligung des Landes fortgeführt.

Die Gesamthochschule Kassel muß dringend so konsolidiert werden, daß sie in ihrer Leistungsfähigkeit einen den anderen deutschen Hochschulen vergleichbaren Rang erhält. Dazu ist vor allem eine Neuordnung der Studiengänge unter folgenden Gesichtspunkten erforderlich:

- Beendigung wissenschaftlich nicht ausreichend qualifizierter Ausbildungsgänge,
- Rückkehr zur Systematik der Wissenschaftsfächer in Abstimmung mit den übrigen hessischen Hochschulen,
- Eigenständigkeit von Fachhochschulstudiengängen.

18. Fachhochschulen mit Praxisbezug

Die Entwicklung der Fachhochschulen wird gegenwärtig durch eine Gesetzgebung beeinträchtigt, die der Politisierung Vorschub leistet und in Teilbereichen das Leistungsprinzip außer Kraft setzt. Die CDU wird die gesetzlichen Grundlagen ändern und die Verwaltung und Selbstverwaltung der Fachhochschulen so organisieren, daß die Entscheidungskompetenzen nach Wissen und Können zugeordnet werden. Im Bildungskonzept der CDU haben die Fachhochschulen einen eigenständigen Auftrag. Sie sollen durch anwendungsbezogene Lehre auf berufliche Tätigkeiten vorbereiten, die die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden oder die Fähigkeit zu künstlerischer Gestaltung erfordern.

- Der Praxisbezug der Fachhochschulen soll durch ständigen Kontakt mit Vertretern und Einrichtungen der beruflichen Praxis und der Wirtschaft gestärkt werden.
- Im Rahmen ihres Bildungsauftrages nehmen die Fachhochschulen auch Forschungs- und Entwicklungsaufgaben wahr.
- Die Übertragung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis der Wirtschaft ist systematisch zu fördern.
- Die in anderen Bundesländern bereits bewährten Praxissemester müssen nach und nach auch in Hessen in den Studiengängen verankert werden.
- Die Hochschullehrer an Fachhochschulen sollen als Einstellungsvoraussetzung über eine mindestens 5jährige Praxiserfahrung außerhalb der Hochschule verfügen.

19. Mehr Aufmerksamkeit für die Aufgaben der Kunst- und Kulturpflege

Der gesamte Aufgabenbereich der Kunst- und Kulturpflege ist in Hessen vernachlässigt worden. Er mußte zu sehr hinter den erhöhten Ausgaben für eine ideologisch bestimmte Bildungspolitik zurückstehen. Diese falsche Gewichtsverteilung muß so korrigiert werden, daß die Kulturförderung des Landes Hessen einen angemessenen Rang neben der vergleichbarer Bundesländer wie Bayern und Baden-Württemberg einnimmt. Die kulturellen Bemühungen der Stadt Frankfurt haben für die zukünftige Landespolitik auf diesem Gebiet ein Beispiel gegeben.

- Musik, Theater, bildende Kunst, Museen, Bibliotheken und Archive sollen durch öffentliche Mittel gefördert werden. Dabei wird sich die CDU um regionale Ausgewogenheit bemühen.
- Für die hessischen Museen wird ein Ankaufsfonds errichtet. Auch die nicht-staatlichen Museen werden unabhängig von ihrer unterschiedlichen Trägerschaft in ein gemeinsames Förderungskonzept einbezogen.
- Bei den hessischen Staatstheatern ist eine Betriebsführung nach dem Eigenbetriebsgesetz zu erproben. Die Theatersubventionierung muß den Gesichtspunkt der regionalen Ausgewogenheit erheblich besser als bisher berücksichtigen.
- Die CDU tritt für ein leistungsfähiges System der Förderung von Jugendmusikschulen und Jugendkunstschulen ein.
- Wir wollen einen leistungsfähigen Denkmalschutz erreichen. Die Aufgaben der Denkmalpflege müssen in den Ausbildungsgängen von Architekten, Stadtplanern und Bauhandwerkern mehr als bisher Berücksichtigung finden.
- Die CDU befürwortet die Errichtung eines Denkmalfonds, um eine fortschreitende, von den Haushaltsmitteln unabhängiger werdende Finanzierung von Denkmalschutz und Denkmalpflege zu sichern.

Soziale Ordnung, Arbeitswelt und Familie

Die Sozialpolitik der kommenden Jahrzehnte steht vor völlig neuen Herausforderungen. Das soziale Netz der Bundesrepublik, im wesentlichen von der CDU geschaffen, droht zu zerreißen, wenn in den 80er Jahren nicht die notwendigen Weichen zu seiner Sanierung gestellt werden.

- Zur Finanzierung der sozialen Leistungen brauchen wir eine stabile Wirtschaftsentwicklung. Aber die Grundlagen unserer Wirtschaft sind erschüttert, die volkswirtschaftliche Produktion stagniert.
- Die Sozialversicherungsbeiträge für Arbeiter, Angestellte und Unternehmen haben schon heute ein kaum mehr vertretbares Ausmaß erreicht. Eine Sozialpolitik, die wegen fehlenden wirtschaftlichen Wachstums die Sozialleistungen über eine weitere Erhöhung dieser Beiträge finanzieren will, sägt sich den Ast ab, der sie trägt.
- Eine riesige Umverteilungsbürokratie ist entstanden, die einen beträchtlichen Teil der Mittel schluckt, die eigentlich den Leistungsempfängern zugute kommen sollten.
- Der Altersaufbau unserer Bevölkerung verschiebt sich dramatisch: 1940 waren 7 Prozent der Bevölkerung 65 Jahre und älter, heute beträgt dieser Anteil 18 Prozent. 1965 wurden in Hessen noch 80 000 Kinder geboren, 1981 nur noch 52 000. Langfristig werden immer weniger Berufstätige für immer mehr Alte und - weil die Ausbildungszeiten länger geworden sind - Jugendliche aufkommen müssen.
- Selbst Experten überschauen nicht mehr den Dschungel an sozialen Leistungsgesetzen. Es droht ein Zwei-Klassen-System: Eine Gruppe von Leistungsempfängern durchschaut den Wust an Vorschriften und nutzt sie, andere aus Scheu und Unkenntnis nicht. Mißbräuchliche Inanspruchnahme sozialer Leistungen nimmt zu.
- Die Arbeitslosigkeit in Hessen wächst beängstigend und hat schon jetzt den höchsten Stand seit über 25 Jahren erreicht.

Vor diesen Herausforderungen brauchen wir eine Sozialpolitik von neuer Qualität:

1. Sicherung der Beschäftigung

Mit über 125 000 Arbeitslosen zum Jahreswechsel hat Hessen seinen höchsten Beschäftigungseinbruch seit Anfang der 50er Jahre erlebt. Ursache dieser negativen Bilanz sind auch hausgemachte Fehler und Versäumnisse in der Beschäftigungspolitik der Hessischen Landesregierung. Durch einen Katalog aufeinander abgestimmter Maßnahmen wird eine CDU-geführte Landesregierung einen hessischen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit leisten:

- Die CDU wird die ideologische und bürokratische Blockade beschäftigungssichernder Investitionen aufheben. Dies gilt vor allem für die Bereiche Medientechnologie, Energieversorgung, Verkehrswesen und Wohnungsbau. Sie wird insgesamt die Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliche Investitionen verbessern.

- Die CDU wird durch eine solide Finanzpolitik, die die Verschuldung zurückführt und den Investitionsanteil in den öffentlichen Haushalten anhebt, die Voraussetzungen für eine gesunde Wirtschaftsentwicklung und mehr Arbeitsplätze verbessern.
- Eine Ergänzungsabgabe, die noch mehr Schwarzarbeit und freiwillige Arbeitslosigkeit schafft, wird es mit der CDU nicht geben.
- Wir begrenzen die Steuer- und Abgabenlast so, daß Arbeitsleistung, Investitionen und Initiative nicht länger bestraft werden.

2. Wende in der Wohnungspolitik notwendig

Schon nie war in der Bundesrepublik Deutschland die Zahl der Wohnungen so groß, ihr Wohnwert so hoch wie heute. Trotzdem gibt es regional sehr große Versorgungengpässe, vor allem für einkommensschwache Familien in Ballungsgebieten, während der Wohnungsmarkt in dem mehr ländlichen Bereich ausgeglichen ist.

Die Wohnungspolitik der SPD/FDP-Koalition hat durch scharfe staatliche Lenkungsengriffe in den Wohnungsmarkt zu starken sozialen Ungerechtigkeiten geführt: Ein Drittel der Sozialmietwohnungen sind von Personen fehlbelegt, die von ihrem Einkommen her keinen Anspruch darauf haben, tatsächlich bedürftige und anspruchsberechtigte Sozialmieter haben dagegen keinen Zugang zu Sozialmietwohnungen, die Miethöhe richtet sich nicht mehr nach dem Wohnwert und der Lage einer Wohnung, sondern zufällig nach dem Förderungsjahrgang bzw. nach der Bezugszeit.

Die CDU fordert eine Wende in der Wohnungspolitik. Die Wohnungswirtschaft ist unter sozialer Absicherung der einkommensschwachen Bevölkerungskreise schrittweise in eine soziale Wohnungsmarktwirtschaft einzubinden. Die Ziele der CDU sind klar:

- Mehr Wohnungen durch soziale Marktwirtschaft.
- Mehr Hilfe zur Selbsthilfe.
- Mehr soziale Treffsicherheit zugunsten einkommensschwacher Bevölkerungskreise.

Die öffentlichen Kassen sind leer. Deshalb gibt es nur einen erfolgversprechenden Weg zur Verbesserung der Wohnungsversorgung, der die folgenden 5 Maßnahmen bündelt:

- Steuerliche Anreize für Privatinvestitionen.
- Abbau von gesetzlichen Hemmnissen für private Investitionen.
- Mobilisierung der ausgegebenen öffentlichen Mittel in Höhe von annähernd 70 Milliarden DM durch schrittweisen Abbau der Mietpreis- und Belegungsbindungen.
- Konzentration der wenigen öffentlichen Mittel auf die wirklich Einkommensschwachen.
- Individuelle Absicherung der einkommensschwachen Bevölkerungskreise über

das Wohngeld sowie über Belegungsbindungen der gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften.

Die CDU macht deutlich, wodurch sie sich von der Wohnungspolitik der SPD/FDP-Koalition im Bund und in Hessen unterscheidet. Sie sagt konkret, was sie will:

- Ja zur verstärkten Fortführung der Eigentumsförderung, deshalb Nein zum Vorrang der Förderung des Mietwohnungsbaues. Der Umzug in eine eigene Wohnung macht eine Mietwohnung frei.
- Ja zur marktwirtschaftlichen und deshalb Nein zu dirigistischen Lösungen. Wir brauchen mehr soziale Wohnungsmarktwirtschaft unter sozialpolitischer Absicherung über das Wohngeld. Deshalb Wohnungsversorgung grundsätzlich über den Markt; wer die Miete nicht bezahlen kann, bekommt Wohngeld. Die knappen öffentlichen Mittel müssen im sozialen Wohnungsbau für die Bevölkerungsgruppen konzentriert werden, die am Markt keine Wohnung finden können.
- Ja zum Kündigungsschutz, aber Lockerung bei familiärem Eigenbedarf.
- Ja zu mehr Vertragsfreiheit im Mietwohnungsbau und deshalb Nein zum staatlichen Zwang. Das heißt: Ja zur Möglichkeit von Vereinbarungen von Staffelmieten bei Neuabschlüssen von Mietverträgen, deshalb Nein zur geplanten Beschränkung der Staffelmiete nur auf Neubauten.
- Ja zu Anreizen zu Vermietungen von leerstehenden Wohnungen durch befristete Mietverträge und deshalb Nein zu staatlichen Geboten und Verboten.
- Ja zu steuerlichen Anreizen und deshalb Nein zu Subventionen.
- Ja zur öffentlich geförderten Mietermodernisierung auf freiwilliger Basis und deshalb Nein zu einer Duldungspflicht des Vermieters.
- Ja zur Wirtschaftlichkeit des Hausbesitzes und deshalb Nein zur Verteufelung eines Gewinns. Allein die Wirtschaftlichkeit ist Voraussetzung für Investitionen. Das Gut-Wohnen hat nun einmal seinen Preis aufgrund steigender Personal- und Sachkosten. Das Bewußtsein hierfür muß geschärft werden.
- Ja zu mehr sozialer Gerechtigkeit, d. h. Nein zur Förderung des Besitzstandes. Deshalb Ja zur Beseitigung des öffentlichen Ärgernisses Fehlbelegung durch schrittweises Heranführen der Sozialmieten an die Vergleichsmieten. Nein zur bürokratischen Fehlbelegungsabgabe, die sich durch die Verwaltung selbst aufbläst und die eigentlichen Probleme der Mietverzerrung und Unterbelegung nicht löst.
- Wir brauchen auf dem Gebiet der Wohnungspolitik nicht mehr Gesetze, sondern weniger Gesetze. Deshalb: Ja zu einem Gesetz zum Abbau von Gesetzen in der Wohnungspolitik.

Auch in der Wohnungspolitik kann das Heil nicht vom Staat erwartet werden, der am Ende seiner Finanzkraft ist. Mehr soziale Wohnungsmarktwirtschaft in der Wohnungspolitik ist nach Auffassung der CDU sozialer und gerechter als mehr staatliche Eingriffe in den Wohnungsmarkt. Staatliche Wohnungspolitik muß wieder den sozialen Auftrag des Staates ernst nehmen, die einkommensschwachen Bevölkerungskreise zu tragbaren Mieten mit Wohnungen zu versorgen. Wer dieser staatlichen Hilfe nicht dringend bedarf, kann und soll sich selbst und eigenverantwortlich versorgen. Damit dienen wir dem Bürger, seinen individuellen Wünschen - und der Freiheit.

3. Sicherung der Sozialfinanzen

Einnahmen und Ausgaben des Sozialtats müssen wieder ins Gleichgewicht gebracht werden. Wo Mißbrauchstatbestände erkennbar werden, müssen sie im Interesse der sozialen Gerechtigkeit umgehend beseitigt werden.

- Nur wer wirklich nicht aus eigener Kraft seinen Lebensunterhalt bestreiten kann, hat Anspruch auf Sozialleistungen der öffentlichen Hand. Mehr als bisher sollten soziale Leistungen weniger als eine Dauerleistung, sondern vielmehr als Hilfe zur Selbsthilfe verstanden werden. Soziale Leistungen sind nicht dazu da, "Aussteiger" zu subventionieren.
- Sozialversicherungsbeiträge sind keine Steuerleistungen. Die durch Sozialversicherungsbeiträge erworbenen Rechte sind vielmehr Ansprüche des einzelnen gegenüber dem Versicherungssystem wie Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung. Der Staat darf deshalb Sozialversicherungsbeiträge nur für Zwecke verwenden, für die sie einbezahlt wurden.

Sozialversicherungsleistungen und Sozialleistungen dürfen zusammen nicht höher sein als das Einkommen eines Beschäftigten.

4. Sicherung der Familie

In sinkenden Geburtenzahlen, einer Zunahme der Ehescheidungen und Schwangerschaftsabbrüche zeigt sich die Vernachlässigung der Familie. Wir bezahlen dies mit den Folgekosten von Jugendkriminalität, Drogensucht, Alkoholismus und zunehmendem "Aussteigertum". Es ist jetzt höchste Zeit für eine kinder-, jugend- und familienfreundliche Politik.

In der Familie werden die Grundsteine für die Persönlichkeit des Menschen gelegt. Die Familie vermittelt Geborgenheit, freie Entfaltung der Persönlichkeit, gegenseitige Rücksichtnahme und Hilfe, Treue, Toleranz, Verantwortungsbereitschaft.

Ohne diese menschlichen Werte können wir in unserer Gesellschaft nicht auskommen. Die Familie wirkt bestimmend auf die Zukunft unserer Gemeinschaft.

Die Familienpolitik der Union geht von der Ehe als einer Gemeinschaft aus, die auf Partnerschaft angelegt ist. Partnerschaft in der Familie bedeutet, daß Mann, Frau und Kinder sich gegenseitig in ihrem Eigenwert anerkennen, für einander verantwortlich sind und ihre Aufgabe in Familie, Beruf, Gesellschaft und Freizeit gleichberechtigt wahrnehmen. Eltern tragen gemeinsam die Verantwortung für ihre Kinder.

Die Erziehung der Kinder ist Aufgabe und Pflicht der Eltern. Ein staatliches Erziehungsmonopol, das die Eltern beiseite drängt und behördlichen Eingriffen Vorschub leistet, darf es nicht geben! Der Staat darf weder in der Schule, noch durch Gesetze einen Keil zwischen Eltern und Kinder treiben.

Die Lebensbedingungen für die Familie haben sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. Eine Politik, die die Familie links liegen läßt, erschwert vielen Ehepaaren, ihren Wunsch nach Kindern zu verwirklichen.

Wir brauchen daher eine geistige Offensive zugunsten der Familie. Wir brauchen eine Politik, die die Familie ideell und materiell wieder stärkt.

Ausgaben zur materiellen Sicherung der Familie sparen Folgekosten in anderen Bereichen. Sie sind Investitionen in die Zukunft unseres Volkes. Wer sagt, eine Reform des Familienlastenausgleichs sei nicht finanzierbar, übersieht, daß die außerfamiliäre Erziehung von Kindern teurer ist als Familienerziehung und daß der Generationenvertrag in der Altersversorgung nur durch Familien mit Kindern sichergestellt werden kann. Die CDU wird deshalb die soziale Absicherung der Erziehungsleistungen gewährleisten und Steuergerechtigkeit für die Familien schaffen. Das gilt auch für alle alleinerziehenden Mütter und Väter.

Die CDU will eine kinderfreundliche Umwelt. Deshalb tritt sie ein für

- die Berücksichtigung von Familien mit Kindern in der kommunalen Bauleitplanung,
- die Schaffung von Erholungs- und Spielflächen im Wohnbereich,
- kurze und sichere Wege zu Kindergärten und Schulen,
- die Erhaltung kleiner Schulen.

Der Gesundheit der Kinder gehört die besondere Aufmerksamkeit der CDU. Schwerpunkte der Gesundheitsfürsorge müssen sein:

- Mehr Aufklärung und Werbung über Vorsorgeuntersuchungen für Mütter und Kinder.
- Kinderfreundliche Krankenhäuser und verbesserte Kontaktmöglichkeiten zwischen Kindern und ihren Eltern im Krankenhaus.
- Eine verstärkte Aufklärung über Suchtgefahren.

5. Offensive für die Frau

Frauen haben durch den gesellschaftlichen Wandel neue Chancen erhalten. Sie sind aber auch neuen Belastungen und Benachteiligungen ausgesetzt. Für die CDU gehört die Gleichberechtigung von Mann und Frau ganz einfach zum Verständnis von Menschen. Die CDU presst aber die Frauen in kein vorgefertigtes Leitbild.

Gleichberechtigung heißt Wahlfreiheit für eine Vielfalt von Lebensmöglichkeiten.

Das gilt für Frauen und Männer gleichermaßen.

Immer mehr Frauen schätzen ihren Beruf - und dies nicht nur aus finanziellen Gründen. Die Wertschätzung des Berufs und einer eigenständigen Tätigkeit bedeutet für viele Frauen nicht Geringschätzung der Familie. Darum wird die CDU dafür sorgen, daß die Frauen die Chance haben, zwischen Familie, Erwerbstätigkeit oder einer Verbindung von Familie und Erwerbstätigkeit auch wirklich wählen zu können. Deshalb fordert die CDU die Gleichwertigkeit von Familientätigkeit und Berufstätigkeit und die Anerkennung der Familientätigkeit in der sozialen Absicherung.

Darüber hinaus will die CDU bessere Voraussetzungen für den Wiedereintritt von Frauen in das Berufsleben erreichen. Der Zugang zu bestimmten Ausbildungsmöglichkeiten der Frau darf nicht an eine Altersgrenze gebunden werden. Der öffentliche Dienst wird aufgefordert, bei diesen Maßnahmen beispielgebend zu wirken. Deshalb fordert die CDU:

- Die Überprüfung aller Gesetze, Verordnungen, Arbeitsschutzbestimmungen und Ausbildungsvorschriften daraufhin, ob sie noch zeitgemäß sind, ob sie tatsächlich dem Gesundheitsschutz dienen oder ob sie in ihrer Auswirkung unnötig die Berufschancen von Frauen beeinträchtigen.

- Ein größeres Angebot an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in gewerblich-technischen und naturwissenschaftlichen Berufen für Mädchen.

- Eine Erhöhung des Angebots an Teilzeitarbeitsplätzen im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft sowie die Möglichkeit der Teilung eines Arbeitsplatzes (Job-Sharing).

- Eine Verstärkung der Bereitschaft, Mädchen und Frauen in allen Laufbahnen des öffentlichen Dienstes gegenüber Männern nicht zu benachteiligen.

- Gleichberechtigte Ausschreibung von Stellen für Männer und Frauen.

- Eine Verbesserung der Situation alleinerziehender Frauen und Männer.

- Wirksame Maßnahmen zum Abbau der Frauenarbeitslosigkeit.

Die CDU bekennt sich zu dem Grundsatz: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit.

6. Ältere Mitbürger in unserer Gesellschaft

Unsere älteren Mitbürger brauchen unser Verständnis, unsere Zuwendung und Unterstützung. Hier ist jeder einzelne von uns gefragt, insbesondere aber die Familien und die freigemeinnützigen Verbände. Nur soweit diese Hilfe nicht ausreicht, muß der Staat unmittelbar tätig werden.

- Die CDU wird alle öffentlichen Leistungsangebote für unsere älteren Mitbürger daraufhin überprüfen, ob sie in Zukunft nicht in verstärktem Maße von freien Trägern übernommen werden sollten.

- Die CDU wird die ambulante pflegerische Betreuung im Rahmen von Sozialstationen besonders fördern, damit alte Menschen solange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung leben können.

- Aber auch alte Menschen, die auf ein Heim angewiesen sind, müssen zwischen verschiedenen Möglichkeiten wählen können. Deshalb sollte auf Dauer in Hessen ein flächendeckendes Angebot an Altenwohnheimen, Altenwohnungen, Altenheimen mit Pflegeabteilungen und Altenkrankeheimen zur Verfügung stehen.

- Die Finanzierung der Alteinrichtungen muß so geregelt werden, daß die dort lebenden älteren Menschen die Kosten selbst tragen können und nicht auf eine ergänzende Sozialhilfe angewiesen sind.

- Neue Formen des Übergangs vom Berufsleben in den Ruhestand müssen gefunden werden. Freie Träger und die vielfältigen Vereine werden von uns bei ihrem Bemühen unterstützt, durch Freizeit- und Bildungsangebote die Kontaktpflege zwischen den Generationen zu verbessern.

7. Mehr Zukunftschancen für unsere Jugend

Auf die heutigen Jugendprobleme gibt es keine fertigen Antworten. Sicher ist aber, daß die Probleme weder durch höhere staatliche Zuschüsse an Jugendorganisationen noch durch neue Gesetze, Verordnungen und Erlasse gelöst werden können, da die Ängste und Sorgen sich nicht auf materieller Not gründen. Die Fragen der Jugendlichen heute und vor allen Dingen auch an die Jugendlichen heute sind andere als die, die in den letzten Jahrzehnten aufgekommen sind. Deshalb müssen auch die Antworten andere sein. Die Hessische CDU und eine von ihr geführte Landesregierung wird den Dialog mit der Jugend suchen und führen. Für die CDU heißt aber "Dialog" nicht "Nach-dem-Munde-Reden". Vielmehr ist es notwendig, auch mit der Jugend in der Sache zu streiten, denn sie besitzt nicht nur den Anspruch, sondern auch die Pflicht, eine andere Meinung zu hören und tolerieren zu lernen. Die CDU will mit der Jugend gemeinsam Antworten auf wichtige Fragen suchen:

- Wie kommt es, daß es einer Jugendgeneration materiell noch nie so gut gegangen ist wie der jetzigen und daß sie in großen Teilen dennoch oder gerade deshalb unzufrieden scheint wie kaum eine andere Jugendgeneration vor ihr?
- Wie ist es möglich, daß auf der einen Seite staatliche Institutionen sowie Kirchen, Politiker und andere sich in so starkem Maße für junge Menschen engagieren und dennoch auf der anderen Seite subjektiv das Gefühl einer Vernachlässigung wächst?
- Wie kommt es, daß immer mehr Kinder und Jugendliche das elterliche Haus verlassen und nach "Selbständigkeit und Freiheit" drängen?
- Worauf ist die in Teilen der Jugend festzustellende Selbstausbürgerungstendenz zurückzuführen, wie dies beispielsweise in der Form der Drogenabhängigkeit, des Aussteigens und Verweigerens und der steigenden Zahl von Sozialhilfeempfängern im Jugendbereich zum Ausdruck kommt?

Einige Antworten können gegeben werden. Andere sind erst noch mühsam zu erarbeiten. Die Hessische CDU hat keine Patentrezepte, aber Lösungsansätze und Optimismus für die Zukunft:

- Wir brauchen ein jugendpolitisches Konzept, das über den Bereich der engeren Jugendhilfe hinausgeht und das auch Bereiche wie Familienpolitik, Wohnungspolitik, Bildungspolitik, Ausbildungsförderung und Arbeitsmarktpolitik mit einbezieht.
- Die auf die Belebung der Wirtschaft und die Sanierung der öffentlichen Haushalte gerichtete Politik wird die beruflichen Chancen und die wirtschaftlichen Zukunftsperspektiven der jungen Menschen von heute entscheidend verbessern.
- Wir unterstützen das Engagement vieler Jugendlicher gegen die Einengung des persönlichen Handlungsspielraums und der Freiheiten durch übermäßige und überflüssige bürokratische Bevormundung.
- Unsere Bildungspolitik wird den unterschiedlichen Fähigkeiten und Neigungen der jungen Menschen Rechnung tragen. Wahlfreiheit im Bildungssystem und eine entschlossene Förderung der beruflichen Bildung werden an die Stelle ideologischer Zwänge und überzogener Bildungsreformen treten.
- Die Jugend ist in die Pflicht zu nehmen, einen eigenen Beitrag für die Zukunft zu leisten. Sie hat nicht nur Rechte, sondern auch altersgemäße Pflichten in der Familie, am Arbeitsplatz und in gesellschaftlichen Einrichtungen.

8. Für eine bedarfsgerechte Gesundheitspolitik zu tragbaren Kosten

Gesundheitsleistungen müssen für die Bürger ohne Rücksicht auf ihre finanzielle Situation und ihren Wohnort zugänglich sein. Im Interesse der Solidargemeinschaft und der Kosteneinsparung müssen alle am Gesundheitswesen Beteiligten ihr Handeln auch an wirtschaftlichen Gesichtspunkten orientieren. Zur Weiterentwicklung eines bedarfsgerechten Gesundheitswesens zu tragbaren Kosten schlägt die CDU folgendes vor:

- Umfassende Informationen über Vorsorgemaßnahmen sowie eine Intensivierung des schulärztlichen Vorsorgedienstes sind notwendig.
- Eine stärkere Verlagerung der stationären auf die ambulante ärztliche und zahnärztliche Versorgung ist sowohl unter humanitären als auch unter finanziellen Gesichtspunkten sinnvoll.
- Eine Konzentration der Krankenversorgung in wenigen Großkrankenhäusern lehnt die CDU ab. Ortsnahe leistungsfähige Krankenhäuser sowie stationäre und ambulante Versorgungsmöglichkeiten, ein ausreichendes Angebot an Haus- und Fachärzten, Apotheken sowie der Ausbau und die Neuorganisation des nur teilweise funktionsfähigen öffentlichen Gesundheitsdienstes bilden die Voraussetzung dafür, daß den Bürgern im Krankheitsfall schnell und angemessen geholfen werden kann.
- Kleine und modern eingerichtete Krankenhäuser mit wirtschaftlichem Pflegesatz sollen auch weiterhin im Krankenhausbedarfsplan verbleiben.
- Um den bereits jetzt schon erkennbaren außerordentlich großen Engpaß an examiniertem Krankenpflegepersonal mildern zu können, setzt sich die CDU dafür ein, den früheren Ausbildungsgang der Krankenhelferin bzw. des Krankenpflegers wieder zu ermöglichen.
- An der freien Arzt- und Krankenhauswahl wird nicht gerüttelt, ebenso nicht an der freien Berufsausübung und Selbstverwaltung der Heilberufe und der gesetzlichen Krankenversicherung.
- Eine gemeindenahere, ambulante und stationäre Alten-, Kranken-, Familien- und psychiatrische Versorgung muß die medizinische Versorgung abrunden. Bei der Schließung von bestehenden Versorgungslücken im Gesundheitswesen sollen Städte und Gemeinden eng mit den ärztlichen Selbstverwaltungsorganen zusammenarbeiten.

Im Gesundheitswesen ist eine Kostenexplosion festzustellen: Die Krankenversicherungsbeiträge sind in den letzten Jahren enorm gestiegen. Spitzenwerte von 15 Prozent sind mittlerweile erreicht. Unter Aufrechterhaltung des medizinischen Versorgungsstandes schlägt die CDU zur Senkung der Kosten im Gesundheitswesen folgende Maßnahmen vor:

- Einsparungen müssen durch einen Bettenabbau erfolgen, da der Bettenausnutzungsgrad derzeit mit 84,5 Prozent zu niedrig ist. Unter Umständen kann ein linearer Bettenabbau erfolgen, soweit dies nicht den ortsnahen Versorgungsauftrag gefährdet.
- Eine Reduzierung der Verweildauer kann nur durch den beschleunigten Ausbau und die Verbesserung der ambulanten Behandlung und eine Verstärkung der Hauspflege erreicht werden.
- Sinnvoll erscheint auch, daß pro Quartal wieder wie früher nur ein Krankenschein ausgestellt wird, weil hierdurch die unnötige Inanspruchnahme einer Mehrzahl von Ärzten eingedämmt wird.

- Alle Patienten sollten eine Durchschrift der ärztlich oder zahnärztlich erbrachten Leistung erhalten. Diese Maßnahme kann dazu beitragen, die Transparenz zu verbessern und das Verantwortungsbewußtsein von Arzt und Patient für die Kostenentwicklung zu heben.
- Um vorhandenen Mißbräuchen durch "Krankfeiern" entgegenzuwirken, sollte ein verstärkter Einsatz von Vertrauens- und Sozialärzten erfolgen. Die Beteiligung des sozialärztlichen Dienstes bei der Begutachtung länger andauernder Arbeitsunfähigkeit hilft Mißbräuche ausschließen, ohne daß hiervon tatsächlich Kranke in Mißkredit gebracht würden.

9. Behinderte sind Partner

Fast 400 000 behinderte Menschen leben in Hessen. Der Staat kann die Integration der Behinderten und ein partnerschaftliches Verhältnis von Behinderten und Nichtbehinderten nicht verordnen. Aber er muß die Voraussetzungen verbessern, unter denen Behinderte voll in Gesellschaft und Wirtschaft eingegliedert werden können. Schwerpunkte in der Politik für Behinderte müssen sein:

- Verhinderung von Behinderungen durch den Aufbau vorbeugender bzw. kompensierender Maßnahmen im Rahmen von humangenetischer Beratung, Schwangerschaftsberatung, Vorgeburts-Diagnostik, ärztlicher Kontrolluntersuchungen im 1. Lebensjahr und Frühförderungs- und Beratungsstellen; eine ortsnahe interdisziplinäre Zusammenarbeit ist hierbei anzustreben.
- Eine weitere Verbesserung des Angebots an Sonderkindergärten und Sonderschulen sowie Schaffung von Möglichkeiten, behinderte Kinder je nach Behinderungsgrad in bestehende Kindertagesstätten und Schulen aufzunehmen.
- Eine Förderung der Ausbildung von Behinderten und bedarfsgerechter Ausbau des differenzierten Systems beruflicher Ausbildungs- und Rehabilitations-einrichtungen (Werkstätten für Behinderte, Berufsförderungswerke).
- Schaffung von mehr behindertengerechten Wohnungen und Wohnheimen mit dem Ziel, den Behinderten - je nach Behinderungsgrad - eine möglichst selbständige und unabhängige Lebensführung zu ermöglichen.
- Intensivierung und bessere Koordination zwischen staatlichen Stellen und den Behindertenverbänden bei Planung und Bau von Behinderteneinrichtungen.
- Unterstützung der freien Wohlfahrtsverbände, Behindertenverbände, Kirchen und Vereine in ihrem Bemühen, den Behinderten eine sinnerfüllte Freizeitgestaltung zu ermöglichen.
- Förderung des Einsatzes neuer Techniken (Computertechnik, Mikroprozessoren), um eine Verbesserung der Berufschancen und Arbeitsbedingungen für Behinderte zu erreichen.
- Schaffung von Transparenz im Behindertenrecht, um Ungerechtigkeiten abzubauen und neuen vorzubeugen.

10. Die Kriegsoffer und Hinterbliebenen sind nicht vergessen

Die soziale Absicherung und die gesellschaftliche Anerkennung der Kriegsoffer und Hinterbliebenen ist ein besonderes Anliegen der CDU. Wir werden Sorge dafür tragen, daß sie an Rehabilitationsmaßnahmen teilnehmen können, in einer Weise entschädigt und gesellschaftlich anerkannt werden, wie es im Hinblick auf ihre schweren Opfer und die allgemeine soziale Entwicklung geboten ist.

11. Bekämpfung der Drogensucht und des Drogenmißbrauchs

Illegaler Rauschmittelhandel und -konsum sowie die Rauschmittelkriminalität sind in den vergangenen Jahren in einem erschreckendem Ausmaß gewachsen: Die Anzahl der Drogentoten stieg in Hessen von 54 im Jahr 1976 auf 95 im Jahr 1980. Ein erheblicher Anstieg der bei der hessischen Polizei bekanntgewordenen Rauschgiftfälle ist ebenfalls festzustellen: 3 021 Rauschgiftfälle wurden der Polizei 1975 bekannt, 1980 waren es bereit 8 122 Fälle, eine Steigerung um rund 170 Prozent.

Zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs sind folgende Maßnahmen vordringlich:

- Verstärkte Aufklärung über die schädlichen Folgen des Drogenkonsums insbesondere auch im Rahmen des Schulunterrichts.
- Ablehnung der Forderung nach Freigabe sogenannter "weicher Drogen".
- Schaffung einer ausreichenden Zahl freiwilliger Therapieplätze und Therapieeinrichtungen.
- Unterbindung des Drogenhandels und -konsums in Jugendzentren mit allen geeigneten Mitteln.
- Verstärkung und organisatorische Straffung der polizeilichen Bekämpfung der Drogenkriminalität.
- Suchtabhängigen soll bis zum erfolgreichen Abschluß einer Therapie wegen Gefährdung der Verkehrssicherheit der Führerschein entzogen werden.
- Richter und Staatsanwälte sind auf die Bearbeitung von Rauschgiftsachen besonders vorzubereiten. Für die Bezirke mehrerer Schöffengerichte ist ein für Rauschgiftdelikte zuständiges Gericht festzulegen. In den Brennpunkten der Drogenkriminalität sind besondere Strafkammern bei den Gerichten und besondere Abteilungen bei den Staatsanwaltschaften zur Behandlung der Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz einzurichten.
- Die CDU setzt sich für den Grundsatz "Therapie und Strafe" ein. Strafverfahren können bei Therapiewilligkeit und -erfolg ausgesetzt werden.
- Trennung der Suchtabhängigen von den suchtfreien Gefangenen in Justizvollzugsanstalten.
- Zur Nachbetreuung und -sorge der aus der Therapie oder der Haft entlassenen Drogenabhängigen sind seitens der zuständigen Stellen die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen.
- Ausländische Drogenhändler und -süchtige sind sofort auszuweisen.

12. Hessen: Neue Heimat für Flüchtlinge, Heimatvertriebene und Aussiedler

Hunderttausende von deutschen Vertriebenen, Flüchtlingen und Aussiedlern aus den Ostgebieten, Polen, der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und aus Südosteuropa leben in der Bundesrepublik. Allein 27 Prozent der hessischen Bevölkerung sind deutsche Heimatvertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler. Nachdem ihre soziale und wirtschaftliche Eingliederung größtenteils vollzogen ist, bleibt heute ihr Recht auf Heimat und ihre kulturelle Bindung an Heimat und Tradition zu fördern und zu unterstützen. Die Vertriebenenverbände leisten dabei einen wertvollen Beitrag.

Eine CDU-geführte Regierung in Hessen wird sich dafür einsetzen, daß

- die Vertriebenenarbeit ideell und finanziell gefördert wird, insbesondere durch Veranstaltungen zum "Tag der Heimat",
- die Mahnmale, Wegweiser und Gedenkstätten, die an die Opfer der Vertreibung erinnern, in die Obhut der Kommunen übergehen,
- die Lastenausgleichsämter in die Lage versetzt werden, Anträge nach dem Lastenausgleichsgesetz zügig zu bearbeiten,
- ein Besuchergeld (Barhilfe) für Besucher aus Mitteldeutschland und den Vertreibungsgebieten gewährt wird,
- der Zustand der Wohnheime für Aussiedler in sächlicher und personeller Hinsicht überprüft und ggf. verbessert wird,
- besondere Deutschkurse und Bildungsveranstaltungen für Aussiedler durchgeführt werden,
- private Organisationen, die sich um Umschulung und Fortbildung der Aussiedler kümmern, unterstützt werden,
- vor allem den jugendlichen Aussiedlern, die in einem anderen Kulturkreis mit einer fremden Sprache aufwachsen mußten, besondere Förderungsangebote zuteil werden,
- Aussiedlerfamilien bei ihren Bemühungen unterstützt werden, eine geeignete Wohnung zu finden,
- Aussiedlern bei ihren Behördengängen geholfen wird,
- Hilfen bei der Beschaffung und Übersetzung von Urkunden ermöglicht werden,
- eine objektivere Darstellung und Aufklärung der Bevölkerung über den Rechtsstatus der deutschen Aussiedler gegenüber Asylanten und Gastarbeitern stattfinden,
- bestehende Patenschaften belebt und neue gegründet werden und
- Schülerwettbewerbe gefördert werden.

VII.

Ausländer in Hessen

Hessen hat einen sehr hohen Ausländeranteil. In Frankfurt, Offenbach und Rüsselsheim beträgt er bereits mehr als 20 Prozent der Wohnbevölkerung. Der Zustrom von Ausländern hält unvermindert an.

Der überproportionale Anstieg der Arbeitslosigkeit unter den Ausländern, die ungelösten Probleme der ausländischen Kinder in den hessischen Schulen, Fragen der Einbürgerung, insbesondere der zweiten und dritten Ausländergeneration, Wohnprobleme und Ghetto-Situationen, aber auch eine steigende Kriminalitätsentwicklung und politisch motivierte Demonstrationen unter ausländischen Mitbürgern verlangen nach einem Konzept, wie die sich aus der steigenden Zahl

der Ausländer in Hessen ergebenden kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme gelöst werden sollen. Deutschland kann kein Einwanderungsland sein.

1. Grundsätze der Ausländerbeschäftigungspolitik

Die rasch steigende Zahl ausländischer Arbeitsloser ist nicht allein konjunkturbedingt. Auch aus strukturellen Gründen ist der weitere Zustrom ausländischer Arbeitnehmer auf dem hessischen Arbeitsmarkt nicht mehr zu verkraften. Folgende Maßnahmen sind aus der Sicht der CDU unumgänglich, um die sozialen Konflikte zu mindern, die sich aus arbeitsmarktpolitischen Gründen bei einem weiteren Zustrom ausländischer Arbeitnehmer ergeben müßten:

- Der bestehende Anwerbestopp für ausländische Arbeitskräfte muß auf lange Zeit uneingeschränkt aufrechterhalten und seine bessere Einhaltung kontrolliert werden.
- Es muß überprüft werden, ob bzw. in welchem Umfang die Sozialleistungen an Ausländer geändert werden können. Der hohe Sozialstandard in Deutschland bietet vielen Ausländern Anreize, trotz auch hier drohender Arbeitslosigkeit ihren Aufenthaltsort bei uns zu wählen.
- Die Rückkehrbereitschaft und Rückkehrfähigkeit von Ausländern, insbesondere der ersten Generation soll unter anderem durch gezielte Anreize gefördert werden. Die Möglichkeiten der Auszahlung kapitalisierter Sozialversicherungsansprüche soll in diesem Zusammenhang geprüft werden.
- Bei den Angehörigen der zweiten und dritten Ausländergeneration, die hier in Deutschland bleiben wollen, ist das Gewicht auf eine verbesserte schulische und berufliche Qualifikation zu legen, denn eine entscheidende Ursache für die wachsende Arbeitslosigkeit unter den ausländischen Arbeitnehmern ist mangelnde fachliche Qualifikation.

2. Ausländerkinder in der Schule

Die CDU wird verhindern, daß Kinder der ausländischen Mitbürger schulpolitisch über einen Kamm geschoren werden. Es müssen die wichtigen, den einzelnen Menschen in seiner Würde bestätigenden unterschiedlichen ethnischen, kulturellen und religiösen Gesichtspunkte beachtet werden. Deswegen wird die CDU für die schulische Betreuung ausländischer Kinder differenzierte Lösungen anbieten, die den unterschiedlichen Ausgangspositionen und Interessen gerechter werden als unter dem einseitigen Bezug auf einen schillernden Integrationsbegriff. Dabei wird die CDU von folgenden Grundsätzen ausgehen:

- Erstrangig ist der Wunsch der ausländischen Eltern, ihr freier Elternwille. Gleichwertig ist die objektive Eignung des Kindes für die geeignete Schullaufbahn in einem hochdifferenzierten Schulwesen.
- Dieses hochdifferenzierte Schulangebot kann auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der einzelnen Gruppen am besten eingehen. Dabei muß insbesondere die Möglichkeit gewährleistet sein, daß sowohl diejenigen, die hierbleiben möchten, als auch diejenigen, die ins Heimatland zurückkehren wollen, die besten Voraussetzungen dafür erhalten. Dazu ist eine bestmögliche Beratung und Aufklärung notwendig. Neben der Schule sind hier auch verstärkt ausländische Missionen, Betreuungsverbände, Vereine, Betriebe, Kommunen, Kirchen und andere gesellschaftliche Gruppen gefordert.

- Die Kenntnisse der deutschen Sprache sind so zu vermitteln, daß sich das Kind für die Dauer seines nach den Zukunftsabsichten der Familie abzusehenden Aufenthalts in Deutschland zurechtfinden und die notwendige berufliche Ausbildung erhalten kann. Gleichzeitig darf die Muttersprache als die Grundsprache des Kindes nicht übersehen werden, sondern ist in einer dem Elternwillen angemessenen Weise zu fördern und zur bestmöglichen Entfaltung zu bringen.

Ausgehend von diesen Grundsätzen wird die CDU das folgende schulpolitische Angebot für Ausländerkinder gewährleisten:

- In Regelklassen sollen Ausländerkinder aufgenommen werden, deren Eltern hier leben wollen und die gute Deutschkenntnisse haben; gewöhnlich sind diese Kinder in Deutschland eingeschult worden.
- Intensivkursklassen sind für Ausländerkinder vorzusehen, deren Eltern hier bleiben wollen, die aber noch mangelnde deutsche Sprachkenntnisse besitzen. Der schnellstmögliche Übergang in eine Regelklasse soll dadurch ermöglicht werden. Bei dieser Gruppe dürfte es in der Regel um sogenannte "Seiteneinsteiger" gehen.
- Zweisprachige Klassen sind für Ausländerkinder anzubieten, deren Eltern dies wünschen, z. B. zur Bewahrung ihrer nationalen Identität oder wegen der geplanten Rückkehr in das Heimatland. Ein Umsteigen in Regelklassen ist in regelmäßigen Abständen zu ermöglichen.
- Die CDU befürwortet, daß "Deutsch" oder die Muttersprache als erste Fremdsprache gewählt werden können. Bei den islamischen Schülern ist in besonderer Weise die Zugehörigkeit zu ihrer Religion und einer anderen Hochkultur zu berücksichtigen.

Die berufliche Ausbildung ausländischer Jugendlicher soll durch folgende Maßnahmen gesichert werden:

- Bestmögliche Aufklärung und Berufsberatung, um das Informationsdefizit bezüglich der beruflichen Bildung zu beheben. Dies muß unter Einbeziehung der ausländischen Eltern bereits im allgemeinbildenden Schulwesen einsetzen.
- Für Seiteneinsteiger in der beruflichen Bildung müssen zusätzliche Maßnahmen zum raschen Erlernen der deutschen Sprache ergriffen werden.
- Für das Berufsvorbereitungsjahr müssen den Schulen von fachkundiger Seite erarbeitete Lehrpläne unter besonderer Berücksichtigung der Seiteneinsteiger zur Hand gegeben werden.
- Auch in den Berufsschulen wird für die ausländischen Auszubildenden eine besondere Lehrerzuweisung erfolgen.

3. Eingliederungsbedingungen für Ausländer und ihre Familien

Im Hinblick auf die Einschätzung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland durch die Ausländer, die Geburtenraten der bei uns lebenden Ausländer und die wachsende Zahl der Familienzuführungen sind die Fragen nach der Einbürgerung, dem Aufenthaltsrecht und der Mitwirkung der ausländischen Mitbürger im öffentlichen und kulturellen Leben zu beantworten:

- Das Kommunalwahlrecht für Ausländer lehnt die CDU aus verfassungsrechtlichen und allgemeinpolitischen Gründen ab.

- Die Bestimmungen über die Aufenthaltsberechtigung dürfen nicht gelockert werden.
 - Es müssen alle rechtlichen Maßnahmen ergriffen werden, um Mißbräuche zur Erlangung des Aufenthaltsrechts wie z. B. durch Scheinehen oder Änderungen des Geburtsdatums auszuschließen.
 - Die Familienzusammenführung soll auf das humanitär und sozial gebotene Maß beschränkt werden.
 - Bei ausländischen Straftätern und politisch Radikalen müssen die rechtlichen Instrumente der Ausweisung und Abschiebung strikte Anwendung finden.
 - Auf kommunaler Ebene sollen Koordinationsstellen geschaffen werden als Anlauf-, Auskunfts- und Vermittlungsstellen in sämtlichen Angelegenheiten, die ausländische Kinder und Jugendliche betreffen.
- Wer nach den geltenden Gesetzen Deutscher werden kann und will, kann eingebürgert werden; eine Änderung der Einbürgerungsbestimmungen ist nicht erforderlich.

4. Asylmißbrauch unterbinden und Verfahren beschleunigen

Das im Grundgesetz verbriefte Recht auf politisches Asyl ist in den letzten Jahren in zunehmendem Maße von Ausländern mißbraucht worden, die aus Gründen wirtschaftlicher Not in unser Land kamen und kommen. Die Anzahl der Asylbewerber stieg von 51 500 im Jahr 1979 auf über 107 000 im Jahr 1980 an. Hiervon mußte das Land Hessen ca. 9 Prozent aufnehmen.

Es dauert drei bis fünf Jahre, bis über einen Asylantrag von den Behörden und Gerichten endgültig entschieden ist. So sind zur Zeit 54 000 Klagen auf politisches Asyl im Bundesgebiet anhängig, davon ca. 4 500 bei dem für Hessen zuständigen Verwaltungsgericht in Wiesbaden. Über 90 Prozent der Anträge auf Asyl werden nach wie vor abgelehnt, da eine politische Verfolgung bei diesen Personen nicht vorliegt.

Die Kosten, die für die Asylbewerber jährlich vom Steuerzahler aufgewandt werden müssen, liegen allein in Hessen bei über 100 Millionen DM jährlich. Die Städte Frankfurt und Offenbach sind von dem Asylantrazustrom in besonderer Weise betroffen.

Die Bundesregierung und die Hessische Landesregierung haben bei der Bewältigung des Asylproblems versagt. Die in Bonn auf Initiative von SPD und FDP beschlossenen Gesetzesänderungen sind völlig unzureichend, um das Asylverfahren wirksam zu beschleunigen.

Mit der Einrichtung eines Sammellagers für Asylbewerber in Hessen hat die Landesregierung viel zu lange gezögert, weil es ihr aus politischen Gründen nicht genehm schien und dann beim Baugenehmigungsverfahren dilettantisch versagt, so daß die zentrale Unterkunft für Asylbewerber bei Eschborn erst mit über einjähriger Verspätung ihrer Bestimmung übergeben werden konnte.

Eine von der CDU-geführte Landesregierung vertritt zur Lösung des Asylproblems die nachfolgenden Auffassungen:

- An dem in der Verfassung garantierten Recht auf Asyl ist grundsätzlich festzuhalten, es müssen jedoch wirksame Barrieren gegen sogenannte Scheinasylanten errichtet werden.
- Dazu ist es notwendig, daß Anträge von Asylbewerbern, die offensichtlich rechtsmißbräuchlich und aussichtslos sind, nicht wie bisher vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf, sondern bereits

von den örtlichen Ausländerbehörden entschieden werden. Nach Ablehnung dieser Anträge sind dann von den örtlichen Ausländerbehörden umgehend aufenthaltsbeendende Maßnahmen zu ergreifen.

- Künftig soll in asylrechtlichen Verfahren nicht mehr ein Kollegialgericht, sondern ein Einzelrichter beim Verwaltungsgericht in erster Instanz entscheiden. Falls der ablehnende Beschluß der Verwaltungsbehörde bestätigt wird, soll ein Rechtsmittel zugunsten des betreffenden Asylbewerbers nicht mehr möglich sein.
- Bei einem nicht nachlassenden Zustrom von Asylbewerbern wird eine CDU-geführte Landesregierung eine zusätzliche zentrale Einrichtung für Asylbewerber einrichten, um die hessischen Städte und Gemeinden durch die Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern nicht zusätzlich zu belasten und um den Asylbewerbern eine menschwürdige Versorgung mit Nahrung, Kleidung und Wohnung zu gewährleisten.
- Um die Tätigkeit gewerbsmäßiger Schlepperorganisationen, die Ausländer unter Mißbrauch des Asylrechts in die Bundesrepublik schleusen, zu unterbinden, wird eine CDU-geführte Landesregierung Asylbewerbern keine Sozialhilfe, sondern nur noch Taschengeld und Naturalleistungen geben. Hierdurch kann der finanzielle Anreiz für die Schlepperorganisationen gemindert werden.
- Während der Dauer des Asylverfahrens wird den Asylbewerbern keine Arbeitserlaubnis mehr erteilt. Damit soll der Anreiz, in der Bundesrepublik Deutschland aus wirtschaftlichen Gründen Asyl zu beantragen, gemindert werden. Ausgenommen von dieser Maßnahme bleiben Asylbewerber aus Ostblockstaaten.
- Rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber müssen - soweit ihnen kein Aufenthaltsrecht aus sonstigen Gründen zusteht - umgehend abgeschoben werden, denn nach vorsichtigen Schätzungen befinden sich zur Zeit zehntausende von abgewiesenen Asylbewerbern noch illegal in der Bundesrepublik Deutschland.
- Die Vereinten Nationen müssen in allen Kontinenten und Kulturkreisen die Aufnahme von politischen Flüchtlingen sicherstellen, denn die Bundesrepublik Deutschland und andere westliche Industrienationen sind nicht in der Lage, die humanitären Defizite aller Länder der Erde auszugleichen.

VIII.

Recht, Sicherheit und öffentliche Verwaltung

1. Die Freiheit der Bürger durch Sicherheit garantieren

Grundgesetz und Hessische Verfassung verpflichten den Staat, das Leben, die Gesundheit, die Freiheit und das Eigentum aller Bürger zu schützen und Anschläge auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung oder auf staatliche Einrichtungen zu verhindern. Ein Staat, der diese Sicherheit nicht garantieren kann, schränkt die Freiheit seiner Bürger ein und zerstört ihr Vertrauen in die Wirksamkeit seiner Ordnung. Er lähmt das persönliche Engagement des Einzelnen, ruiniert die staatliche Autorität und weckt durch sein Versagen den Ruf nach einem autoritären Staat.

Die CDU nimmt die steigende Kriminalitätsentwicklung in Hessen mit großer Sorge zur Kenntnis. Die in Hessen registrierten Straftaten stiegen von ca. 280 000 im Jahr 1976 auf 380 000 im Jahr 1981 an. Dabei verminderte sich die Anzahl der aufgeklärten Straftaten ständig.

Neben dieser bedrohlichen Entwicklung ist eine neue Welle gewalttätiger Ausschreitungen und politisch motivierter Anschläge festzustellen.

Diese Gefahren für unseren freiheitlichen Rechtsstaat wird eine von der CDU geführte Landesregierung durch eine Reihe aufeinander abgestimmter Einzelmaßnahmen abwehren.

- Vorbeugend wird die CDU dafür sorgen, daß im Unterricht an allen hessischen Schulen wieder ein an der Verfassung und an den Gesetzen orientiertes Rechtsbewußtsein unserer Jugend erzeugt wird.
- Eine CDU-Landesregierung wird früher als bisher vor der Verwirklichung umstrittener Projekte durch umfassende Aufklärung und einen ausführlichen Dialog mit den Betroffenen gewaltsame Auseinandersetzungen verhindern.
- Uneingeschränkt gilt für die CDU der Grundsatz, daß die Polizei Anspruch auf das volle Vertrauen des Staates und der politisch Verantwortlichen auch in kritischen Situationen hat. Dazu gehört der Schutz jedes einzelnen Beamten vor ungerechtfertigten Angriffen. Die CDU wird Verunglimpfungen der Polizei und Rechtsprechung beherzt entgegenreten. Wer für die Sicherheit seiner Mitmenschen seine gesetzlichen Pflichten erfüllt, muß die Unterstützung von Parlament und Regierung haben.
- Bei der Polizei sind noch immer zu viele Beamte mit Verwaltungsarbeiten beschäftigt. Die Organisation der Polizei muß deshalb gestrafft und von Routinearbeiten entlastet werden.
- Das Ausstellen von Strafzetteln wegen falschen Parkens oder anderer kleiner "Verkehrssünden" darf keinen Vorrang vor der Verbrechensbekämpfung haben. Aufgabe der Polizei ist die Bekämpfung der Kriminalität und die Erhaltung des Gemeinschaftsfriedens.
- Um das gewalttätige Demonstrantentum wieder in den Griff zu bekommen, ist das Demonstrationsstrafrecht zu verbessern. Die CDU wird sich im Bundesrat dafür einsetzen, daß die gesetzlichen Regelungen des Landesfriedensbruchs aus dem Jahr 1970 wieder eingeführt und ein Vermummungsverbot bei Demonstrationen gesetzlich verankert werden. Zu prüfen ist die Einführung geeigneter Einsatzmittel, die die Polizei in die Lage versetzen, erfolgreicher und sicherer als bisher gegen gewalttätige Randalierer vorzugehen.
- Um durch die Anwesenheit der Polizei vor Ort das Vertrauen zwischen Bürgern und Polizei zu stärken, schlägt die CDU die Einrichtung von Polizei-kontaktrevieren und einen verstärkten Einsatz von Fußstreifen vor.

2. Den Bürgern wirksamer und schneller zu ihrem Recht verhelfen

Hessens Gerichte schieben einen Klageberg vor sich her. Über 100 000 Verfahren lagen Ende 1980 unerledigt bei den hessischen Land- und Amtsgerichten. Jahrelang dauert es, bis vor den Verwaltungsgerichten ein Verhandlungstermin anberaumt wird; endlose Prozesse in Asylsachen sind eine der Ursachen dafür. Rechtskräftig verurteilte Straftäter werden wegen Überfüllung der Haftanstalten nicht eingesperrt.

Ursache für diese Entwicklung ist eine Vernachlässigung der Justiz durch die Hessische Landesregierung und die sie tragenden Parteien. Eine von der CDU-geführte Landesregierung wird dafür sorgen, daß der Rechtsuchende Bürger wirksamer und schneller sein Recht erhält. Deshalb strebt die Union an, daß

- die Gerichte von überflüssigen Bagatellverfahren befreit werden, insbesondere dem Übermaß an Bußgeldverfahren,
- durch eine Erneuerung und Verbesserung der Gerichtsorganisation der Klagenberg abgebaut wird,
- vorhandene Bußgeldtatbestände auf ihre Notwendigkeit hin überprüft und neue Bußgeldvorschriften nur mit äußerster Zurückhaltung eingeführt werden,
- in das Flensburger Verkehrszentralregister nur noch besonders schwere Verkehrsverstöße eingetragen werden,
- eine Überprüfung stattfindet, ob in der Eingangsinstanz der Gerichte ausschließlich der Einzelrichter entscheiden kann,
- die Sprache der Gesetze und Gerichtsentscheidungen klar und dem Recht-suchenden verständlich wird,
- unnötige und überholte Rechtsvorschriften aufgehoben werden, damit die Gesetzesflut eingedämmt wird,
- das Petitionsrecht stärker in das Bewußtsein der Bürger gerückt wird.

Bei allen Verbesserungsvorschlägen ist für die CDU die Unabhängigkeit der Justiz unantastbar.

Den Opfern von Straftaten gebührt mehr Aufmerksamkeit als bisher. Nicht nur der Straftäter bedarf der Hilfe, sondern erst recht das Opfer. Die CDU wird deshalb die Arbeit der Vereinigung "Weißer Ring" nach Kräften unterstützen. Zur Entschädigung der Opfer gehört auch die konsequente Heranziehung der Verantwortlichen zu Schadenersatz bei Gewalttaten und gewalttätigen Demonstrationen.

Die Union wird auch die Wirtschaftskriminalität wirksamer bekämpfen als bisher.

3. Mehr Freiheit - weniger Staat

In der Bundesrepublik Deutschland ist mittlerweile jeder sechste Erwerbstätige im öffentlichen Dienst beschäftigt. In Hessen gibt es zur Zeit rund 140 000 Landesbedienstete. Fast jede zweite Mark des Landeshaushalts muß für die hessischen Staatsdiener ausgegeben werden. Statt die Entbürokratisierung der öffentlichen Verwaltung einzuleiten, hat die Hessische Landesregierung neue überflüssige Bürokratien geschaffen, wie z. B. das 3. Regierungspräsidium in Gießen, das den Steuerzahler jährlich 15 Millionen DM kostet. Mit der Verlagerung der Schulaufsicht, der Verbandsklage und dem Abwasserabgabengesetz sind zusätzliche bürokratische Aufgaben entstanden, deren Wirksamkeit in keinem Verhältnis zu den verursachten Kosten steht.

Eine weitere Aufblähung des Staatsapparates kann der Hessische Landeshaushalt nicht mehr verkraften. Eine Leitmaxime der Hessischen CDU ist, daß der Staat nur die Dinge regeln soll, die unbedingt einer Regelung bedürfen. Eine von der CDU geführte Landesregierung wird deshalb

- eine Entbürokratisierung der Verwaltung durch Bereinigung aller Gesetze und Staatsaufgaben in Angriff nehmen,
- die Anzahl der öffentlichen Bediensteten mittelfristig jährlich um 1 Prozent verringern,
- in der öffentlichen Verwaltung für äußerste Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit sorgen,
- den Umlandverband Frankfurt als Beispiel für die Entbehrlichkeit staatlicher Einrichtungen auflösen. Unverzichtbare Regionalaufgaben innerhalb von Frankfurt sollen auf privatrechtlicher Grundlage wahrgenommen werden.

Leistungen des Staates für den Bürger erfordern eine verfassungstreue, bürger-nahe und wirkungsvoll arbeitende Verwaltung. Deshalb ist die Eigenverantwortlichkeit und Entscheidungsfreude der öffentlichen Bediensteten durch Verlagerung der Entscheidungsbefugnis nach unten gezielt zu fördern, um das fortlaufende Abschieben von Entscheidungen auf die nächst höhere Ebene zu unterbinden. Neueinstellungen im öffentlichen Dienst sowie der Aufstieg und die Aufgabenzuweisung werden ausschließlich nach der Eignung und der Leistung der Beschäftigten vorgenommen. Die jahrzehntelange von der SPD geübte Parteibuchwirtschaft im öffentlichen Dienst wird es unter einer CDU-Landesregierung nicht geben.

Zugang zum öffentlichen Dienst werden in Hessen nur solche Bewerber erhalten, an deren Verfassungstreue und Bereitschaft zum aktiven Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung kein Zweifel besteht. Wer die Grundlagen unseres Staates ablehnt oder einer Partei oder Organisation angehört, die nicht auf dem Boden unserer Verfassung steht, ist ungeeignet für den öffentlichen Dienst. Auch wer schon dem öffentlichen Dienst angehört, muß sich an diesen Grundsätzen messen lassen.

4. Den Schutz des Bürgers gegen äußere Gefahren verbessern

Zivilverteidigung ohne Katastrophenschutz ist sinnlos. Trotz seit Jahren bekannter Mängel in Ausrüstung, Ausbildung und finanzieller Ausstattung ist kein klares Konzept der bisherigen Landesregierung für einen zufriedenstellenden Ausbau des Katastrophenschutzes erkennbar.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird sich daher unter verantwortlicher Beteiligung aller Fachleute dafür einsetzen, daß

- alle Gefahrenquellen in Hessen registriert werden,
- daran orientiert eine Aufteilung und Zuweisung von Katastropheneinheiten und -einrichtungen vorgenommen wird,
- klare und vereinheitlichte Führungsstrukturen ausgearbeitet werden,
- einheitliche Ausbildungs- und Prüfungskriterien für die Stäbe, die Ein-

heiten und die Zusammenarbeit der Fachdienste geschaffen werden.

5. Das Rundfunkmonopol auflösen

Die CDU sieht in der im Grundgesetz garantierten Meinungs- und Informationsfreiheit die Grundlage ihrer Medienpolitik. Dieses Grundrecht wird am besten verwirklicht, wenn sich der einzelne Bürger der modernen und zeitgemäßen Kommunikationsmittel bedienen kann. Versuche der Bundesregierung und der Hessischen Landesregierung, neue Medien zu blockieren, wie z. B. beim Satelliten-Rundfunk und beim Kabelfernsehen, lehnt die CDU ab.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird sich dafür einsetzen, daß in der neuen Medienlandschaft ein Nebeneinander von öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunkanstalten entsteht. Das Rundfunkmonopol der öffentlich-rechtlichen Anstalten muß also schrittweise, aber zügig aufgelockert werden. Dazu gehört, daß das von Radio Luxemburg unter Beteiligung des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger ab 1986 geplante europäische Satelliten-Fernsehprogramm nicht durch eine von der Bundesregierung beabsichtigte europäische Rundfunkkonvention verhindert wird. Bei der Vollverkabelung der Bundesrepublik sind private Initiativen zuzulassen, wenn ausreichend Nachfrage besteht und die Bundespost zu entsprechenden Investitionen nicht bereit oder in der Lage ist.

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten müssen gründlich reformiert werden. Die politische Ausgewogenheit der Programme ist zu gewährleisten. Dazu gehören eine personelle Straffung und eine stärkere Betonung des Leistungsprinzips. Zeitverträge müssen vermehrt abgeschlossen werden. Die Befugnisse der Aufsichtsgremien gegenüber den Intendanten sind zu erweitern.

Rundfunkgebührenerhöhungen kommen derzeit für die CDU nicht in Betracht. Die öffentlich-rechtlichen Anstalten müssen zuvor verstärkte Sparmaßnahmen zur Senkung ihres Aufwandes nachweisen.

Wirtschaftlich und politisch unabhängige Zeitungen und Zeitschriften sind für die CDU unabdingbarer Bestandteil eines freien und offenen Kommunikationssystems, das es zu erhalten gilt. Um dies zu sichern, darf die Werbung im Hörfunk und Fernsehen nicht noch mehr ausgeweitet werden.

X.

Hessen als Teil Deutschlands

1. Für eine konstruktive Mitarbeit im Bundesrat

Eine CDU-Landesregierung wird im Bundesrat eine durch SPD und F.D.P. gestellte Bundesregierung nicht durch Obstruktion behindern. Die Situation Hessens und die Situation der Bundesrepublik Deutschland ist vor allem unter wirtschaftspolitischen Aspekten zu ernst, als daß sie Raum böte für parteipolitische Sandkastenspiele.

Aber eine CDU-Landesregierung würde alle Kraft darauf verwenden, zu einer stärkeren Dezentralisierung von Aufgaben zugunsten der Länder zu kommen. Der Aufwand einer voll ausgestatteten Länder-Demokratie ist für die Bürger nur erklärlich, wenn dort auch eigenverantwortlich, kostengünstig und unbürokratisch nützliche Aufgaben in großer Zahl wahrgenommen werden können. Der im letzten Jahrzehnt vergangene Weg einer ständigen Aufwärtsverlagerung von Aufgaben auf den Bund, der gegenseitigen Durchdringung der verschiedenen öffentlichen Ebenen in der Bewältigung der Aufgaben, die Einfügung von Gemeinschaftsaufgaben zwischen Bund und Ländern in der Hochschul- und Strukturpolitik sowie die vielfältig nachteiligen Aspekte der Mischfinanzierung in weiten Bereichen der öffentlichen Investitionen verlangen dringend nach Änderung.

Die Länder sind von ihrer politischen und administrativen Ausstattung her in der Lage, mehr Aufgaben, klarer, effizienter und bürgernäher wahrzunehmen, als dies heute geschieht. Die dafür notwendige Finanzausstattung muß in Verhandlungen mit dem Bund über die Verteilung der Gemeinschaftssteuern herbeigeführt werden.

Eine CDU-Landesregierung wird insbesondere für die selbständige Wahrnehmung aller Aufgaben der Schul- und Hochschulpolitik, der Strukturpolitik, des Wohnungsbaues, des Krankenhauswesens und weiter Bereiche des Umweltschutzes eintreten.

2. Sicherung des Friedens in Freiheit

Die Sicherung von Freiheit und Frieden und das Bemühen um die Verständigung der Völker bilden die wesentliche Grundlage der Politik der CDU. Die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft dient dem Ziel einer Vereinigung Europas. Die Europäische Gemeinschaft ist auch ein wesentlicher Ansatzpunkt für die Überwindung der Spaltung Deutschlands und des europäischen Kontinents.

Die Aufrechterhaltung des militärischen Gleichgewichts und damit die Sicherung des Friedens in Freiheit sind nur möglich im Rahmen des NATO-Bündnisses unter dem besonderen Schutz der Vereinigten Staaten von Amerika. Die von der CDU bewirkte Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in das NATO-Bündnis und in die Europäische Gemeinschaft sowie die Aussöhnung mit Frankreich sind das Fundament für die längste Friedensperiode in Europa und haben sich deshalb in besonderer Weise bewährt. Auf der Basis dieser Grundsätze vertritt die CDU folgende Auffassung:

- Mit der Bundeswehr trägt die Bundesrepublik zur Sicherheit und zum Frieden in Europa bei. Die CDU Hessen bejaht Wert und Aufgabe der Bundeswehr als Wehrpflichtarmee.
- Die CDU Hessen sieht in einer politisch gespaltenen und von einer expansiven Sowjetideologie und -rüstung bedrohten Welt derzeit keine Möglichkeit für einen waffenlosen Frieden. Die Erfüllung der Wehrpflicht ist deshalb ein wesentlicher Beitrag zur Friedenssicherung.
- Ein enger Kontakt mit den in Hessen stationierten Verbänden der Bundeswehr und der NATO-Partner ist für eine CDU-Landesregierung selbstverständlich. Freundschaftlichen Begegnungen zwischen Amerikanern und Deutschen in Hessen kommt besondere Bedeutung zu.
- Gegenüber der Sowjetunion als hochgerüsteter militärischer Macht sind jedoch kein das globale und regionale Gleichgewicht und der glaubhafte Wille zur Verteidigungsbereitschaft in der Lage, einen Krieg zu verhindern.
- Die CDU setzt sich dafür ein, daß auf der Basis eines Gleichgewichtes der militärischen Kräfte eine Abrüstung in allen Bereichen erfolgt. Nur intensive Anstrengungen zur Abrüstung können dazu beitragen, die berechtigten Ängste vieler Bürger in unserem Land vor der Vernichtungskraft moderner Waffensysteme abzubauen.
- Um den zivilen Bevölkerungsschutz durch Schutzraumbauten und die medizinische Versorgung im Katastrophen- und Verteidigungsfall zu verbessern, wird eine CDU-Landesregierung über den Bundesrat entsprechende Initiativen ergreifen.
- Besondere Bedeutung für Hessen als Land an der innerdeutschen Grenze kommt der Zusammenarbeit mit dem Bundesgrenzschutz zu. Der Schwerpunkt seiner Aufgabe liegt nach wie vor beim grenzpolizeilichen Schutz des Bundesgebietes.

- Der Bundesgrenzschutz ist uneingeschränkt mit allem dazu erforderlichen und geeigneten Material und den entsprechenden Mitteln auszustatten, um seine Aufgaben auch im Katastrophenschutz, bei Notstandsfällen und im Spannungs- und Verteidigungsfall voll erfüllen zu können.
- Die CDU wird der staatsbürgerlichen Information über die Situation an der innerdeutschen Grenze verstärkt Gewicht verleihen.

3. Den Gedanken zur Wiedervereinigung wachhalten

Hessen steht als Teil der Bundesrepublik Deutschland in einer fortwährenden und unlösbaren Verantwortung und Verpflichtung für alle Deutschen. Aus diesem Grund begrüßt die CDU ausdrücklich den in der Hessischen Verfassung verankerten Auftrag an alle Bürger dieses Landes, sich für Freiheit und Einheit des ganzen deutschen Volkes einzusetzen. Zur Erfüllung und Unterstützung dieses verfassungsrechtlichen Auftrages setzt sich die Hessische CDU dafür ein, daß

- Verhandlungen und Vereinbarungen mit der "DDR", die das Leben in unserem geteilten Land erleichtern, fortgeführt werden,
- alle Verbindungen, die dem gemeinsamen Willen zur geschichtlichen und politischen Einheit der deutschen Nation entspringen und ihm dienen, gefördert werden,
- das politische Ziel der Wiederherstellung staatlicher Einheit von allen Verfassungsorganen der Bundesrepublik verfolgt wird,
- der Wiedervereinigungsanspruch im Innern wachgehalten und nach außen beharrlich vertreten wird sowie alles unterlassen wird, was die Wiedervereinigung vereiteln könnte,
- die fundamentalen Grund- und Menschenrechte in den anderen Teilen Deutschlands nicht verletzt werden,
- bei Verhandlungen mit der "DDR" auf die Durchsetzung der Menschenrechte hingewirkt wird,
- das Selbstbestimmungsrecht für das deutsche Volk sowie die staatliche Einheit Deutschlands im Rahmen einer Friedensordnung für Europa verwirklicht werden.

Notizen.

**Verantwortlich: CDU-Landesverband Hessen
Biebricher Allee 29, 6200 Wiesbaden
Druck: DLZ Wiesbaden**